



Antragsunterlagen zum Plangenehmigungsverfahren

**Neubau der VDS Achim West
inkl. der Leitungen ETL 32.010,
ETL 182.010 und ETL 9087.215**

Teil A1.01 – Erläuterungsbericht

Revision 01 - Stand 22.07.2024

Vorhabenträgerin:



**Gasunie Deutschland Transport Services GmbH
(GUD)**

Pasteurallee 1

30655 Hannover

Tel.: +49 (0)511 640607 -0

E-Mail: projektanfragen@gasunie.de

Internet: www.gasunie.de

Generalplaner:



ILF Consulting Engineers GmbH

Werner-Eckert-Straße 7

81829 München

Antragsunterlagen zum Plangenehmigungsverfahren

**Neubau der VDS Achim West inkl. der Stations-Verbindungsleitungen
ETL 32.010, ETL 182.010 und ETL 9087.215**

Teil A1.01 Erläuterungsbericht

Stand: 22.07.2024

Inhalt

1	Einleitung	8
1.1	Antragsteller.....	8
1.2	Antragsgegenstand und Vorhabenbeschreibung.....	9
1.3	Planrechtfertigung	11
1.4	Aufbau der Antragsunterlage.....	16
1.5	Projektzeitplan	19
1.6	Beantragung der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns.....	20
1.6.1	Positive Prognose bezüglich der Plangenehmigungsfähigkeit des Vorhabens	23
1.6.2	Öffentliches Interesse an der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns	24
1.6.3	Selbstverpflichtung des Vorhabenträgers	24
1.7	Beantragung der Zulassung des vorzeitigen Beginns gem. § 17 WHG.....	25
2	Rechtliche Rahmenbedingungen	26
2.1	Plangenehmigung.....	26
2.2	Bauordnungsrecht	27
2.3	Kreuzungsvereinbarungen und sonstige Betroffenheiten	28
2.4	Inanspruchnahme der Rechte Dritter	29
2.5	Zusammenstellung der gemäß § 75 Abs. 1 VwVfG zu konzentrierenden öffentlich-rechtlichen Entscheidungen	30
2.6	Wasserrechtliche Erlaubnisse	31
3	Technische Beschreibung.....	34
3.1	Transportmedium	34
3.2	Energietransportleitungen	34
3.2.1	ETL 182.010 UND ETL 9087.215.....	34
3.2.2	ETL 32.010	35
3.3	Verdichterstation und Nebenanlagen	36
3.3.1	Verdichterstation Achim West	36
3.3.2	Mess- und Regelstation Achim West.....	37
3.3.3	Armaturenplatz Achim Mitte (Anbindestation)	38
3.3.4	Korrosionsschutz	38
3.4	Sicherheit der Verdichterstation und Energietransportleitungen.....	39
3.4.1	Allgemeines	39
3.4.2	Rohr- und Tiefbau.....	40
3.4.3	Betriebsphase.....	41
3.5	Flächenbedarf.....	43
4	Baudurchführung	45

4.1	<i>Bauvorbereitende Arbeiten</i>	45
4.2	<i>Verdichterstation Achim West und Armaturenplatz Achim Mitte</i>	46
4.2.1	<i>Umfang der Baumaßnahmen</i>	46
4.3	<i>Leitungsbau (Energietransportleitungen)</i>	47
4.3.1	<i>Allgemein</i>	47
4.3.2	<i>Abtrag des Oberbodens</i>	47
4.3.3	<i>Felderkundungen zu Fremdleitungen</i>	48
4.3.4	<i>Einrichtung Baugruben</i>	48
4.3.5	<i>Auslegen und Verschweißen der Rohre</i>	48
4.3.6	<i>Kreuzungen</i>	49
4.3.7	<i>Rekultivierung</i>	49
4.4	<i>Bodenmanagement</i>	49
4.5	<i>Wasserhaltung und Grabenteilverrohrungen</i>	50
4.6	<i>Inbetriebnahme</i>	51
5	Wegenutzungskonzept	52
6	Quellenverzeichnis	53
6.1	<i>Gesetze und Regelwerke</i>	53
6.2	<i>Literatur und Quellen</i>	54

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Terminplan.....	19
Tabelle 2:	Maßnahmen nach § 44c EnWG i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 4 LNGG	20
Tabelle 3:	Übersicht der technischen Daten ETL 182.010.....	34
Tabelle 4:	Übersicht der technischen Daten ETL 9087.215	35
Tabelle 5:	Übersicht der technischen Daten ETL 32.010.....	35

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
BauGB	Baugesetzbuch
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BNetzA	Bundesnetzagentur
DIN	Deutsches Institut für Normung
DN	Nenndurchmesser
DP	Auslegungsdruck
DSchG	Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz
DVGW	Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
ETL	Energietransportleitung
FFH	Flora-Fauna-Habitat
FNB	Betreiber von Fernleitungsnetzen i. S. d. § 3 Nr. 5 EnWG
GasHDrLtgV	Gashochdruckleitungsverordnung
GasNZV	Gasnetzzugangsverordnung
gem.	gemäß
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GOK	Geländeoberkante
GUD	Gasunie Deutschland Transport Services GmbH
GW	Gigawatt
i. S. d.	Im Sinne des
i. V. m.	In Verbindung mit
insb.	insbesondere
Kap.	Kapitel
KKS	Kathodischer Korrosionsschutz
MAP	Marktgebiets-Austauschpunkt
LBEG	Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
LKS	Lokaler kathodischer Korrosionsschutz
LNG	Liquefied Natural Gas
LNGG	LNG-Beschleunigungsgesetz
NBauO	Niedersächsische Bauordnung
NUVPG	Niedersächsisches Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung

N.V.	naamloze vennootschap (niederländische Aktiengesellschaft)
MRS Achim West	Mess- und Regelstation Achim West
MOP	Maximum Operating Pressure
NEP	Netzentwicklungsplan Gas
sog.	sogenannte
u.a.	Unter anderem
UVPG	Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz
vgl.	vergleiche
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
z. B.	Zum Beispiel

1 Einleitung

1.1 Antragsteller

Antragstellerin und künftige Eigentümerin sowie Betreiberin des zu beantragenden Neubaus der VDS Achim West inklusive der Energietransportleitungen ETL 32.010, ETL 182.010 und ETL 9087.215 ist die Gasunie Deutschland Transport Services GmbH (nachfolgend auch GUD, Gasunie Deutschland oder Vorhabenträgerin benannt):

Gasunie Deutschland Transport Services GmbH

Pasteurallee 1

30655 Hannover

Die Gasunie Deutschland Transport Services GmbH mit Sitz in Hannover ist ein Tochterunternehmen der Gasunie Deutschland GmbH & Co. KG, welche zum niederländischen Staatsunternehmen N.V. Nederlandse Gasunie in Groningen gehört. Der Gasunie-Konzern ist Betreiber eines ca. 17.000 km umfassenden Gasfernleitungsnetzes in Nordwest-Europa, mit dem jährlich rund 135 Milliarden Kubikmeter Erdgas transportiert werden. Dies entspricht in etwa einem Viertel des europäischen Erdgasverbrauchs. Die Gasunie Deutschland Transport Services GmbH ist verantwortlich für das Management, den Betrieb, die Unterhaltung und den Ausbau des Gasfernleitungsnetzes in Norddeutschland. Aufgrund seiner geografischen Lage übernimmt das Leitungsnetz die Funktion einer Drehscheibe für Nordwesteuropa und leistet so einen wesentlichen Beitrag zur sicheren Gasversorgung.

Über das Fernleitungsnetz werden regionale Gasversorger, Industriebetriebe und Kraftwerke sicher und umweltschonend mit Erdgas beliefert. Der Gasunie-Konzern dient dem öffentlichen Interesse in den Märkten, in denen das Unternehmen tätig ist und schafft so Mehrwert für Kunden, Partner und Anteilseigner. Dabei ist das Bestreben, höchste Standards bei Sicherheit, Verlässlichkeit, Effizienz und Nachhaltigkeit zu erzielen.

Das Gasfernleitungsnetz der Gasunie in Deutschland umfasst neben dem rund 4.600 km langen Fernleitungsnetz auch die zum Betrieb erforderlichen Übergabe-, Verdichter- sowie Mess- und Regelstationen. Als Fernleitungsnetzbetreiberin ist die Vorhabenträgerin gemäß § 11 und § 17 EnWG gesetzlich verpflichtet, ein sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz diskriminierungsfrei zu betreiben und entsprechende gleich- oder nachgelagerte Gasversorgungsnetze sowie Leitungen zu technischen und wirtschaftlichen Bedingungen an ihr Netz anzuschließen.

1.2 Antragsgegenstand und Vorhabenbeschreibung

Die Vorhabenträgerin plant die Errichtung und den Betrieb der VDS Achim West westlich der bestehenden VDS Embsen. Antragsgegenstand ist die Plangenehmigung für die Errichtung und den Betrieb der VDS Achim West gemäß § 43 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EnWG inklusive der zur Anbindung an das Fernleitungsnetz am Standort Achim/Embsen erforderlichen Energietransportleitungen ETL 32.010, ETL 182.010 und ETL 9087.215 gemäß § 43 Absatz 1 Nr. 5 EnWG sowie aller für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen. Das Vorhaben umfasst ebenfalls alle bauzeitlich erforderlichen Flächen und Anlagen sowie die für den Betrieb der Gasleitung ETL 32.010 (DN 750) erforderliche dauerhafte Sicherung eines 10 m breiten Schutzstreifens (jeweils 5 m beidseitig der Rohrachse) und die Gewährleistung entsprechender Betriebszufahrten. Es wird ergänzend auf die Darstellungen des räumlichen Geltungsbereiches in den Unterlagen im Teil E2 sowie die Stationsübersichtspläne in A1.05 und A1.06 verwiesen.

Der Standort der geplanten VDS Achim West einschließlich der zum Betrieb erforderlichen Nebenanlagen liegt auf dem Gebiet der Stadt Achim südlich von Bremen. Nordöstlich der Stadt Achim liegt die Ortschaft Embsen. Die GUD betreibt am Standort Achim/Embsen unter der Adresse „In der Grund“ die VDS Embsen sowie die VDS Achim. Am Standort Achim/Embsen befindet sich ein zentraler Knotenpunkt im Fernleitungsnetz der Vorhabenträgerin, an dem verschiedene Erdgasfernleitungen, wie beispielsweise die NEL, ETL 141 und ETL 129 (NETRA), ETL 32, ETL 51 und ETL 17 verlaufen. Die Anbindung der VDS Achim West an diesem zentralen Knotenpunkt an ihr Ferngasnetz erfolgt zum einen über den geplanten Armaturenplatz Achim Mitte und die Energietransportleitung ETL 32.010 östlich der VDS Embsen. Auf den Trassenplan der ETL 32.010 in Unterlage B3.01 wird verwiesen. Die weitere Stationsanbindung der Leitungen findet auf den Stationsgebäude der VDS Embsen und VDS Achim West statt. Für eine weitere räumliche Einordnung des Vorhabens wird auf den Auszug der amtlichen Karte in Unterlagen E2.02 und E4.01 Bezug genommen.

Das Plangenehmigungsverfahren der VDS Achim West umfasst mithin die Errichtung und den Betrieb

- der Verdichterstation und Nebenanlagen entsprechend Kapitel 3.3 dieser Unterlage,
- einer Messstrecke (im Folgenden als "MRS Achim West" bezeichnet) und des Notausbläasers auf dem Gelände der VDS Embsen,
- der Station 992 Achim Mitte als Armaturenplatz im Sinne der DVGW 463 (A) östlich der VDS Embsen,
- der Energietransportleitung ETL 182.010 (als sog. Stationsverrohrung) mit einem Durchmesser von DN 1000 auf einer Länge von ca. 0,45 km für eine direkte Anbindung der zu errichtenden Gasfernleitung ETL 182 zwischen

Elbe-Süd und Achim gemäß §§ 3, 2 Abs. 2 LNGG in Verbindung mit Nr. 3.4 der Anlage zu § 2 LNGG an die zu errichtende VDS Achim West

- der Energietransportleitung ETL 32.010 mit einem Durchmesser von DN 750 östlich der VDS Embsen auf einer Länge von ca. 0,38 km von der zu beantragenden Station 992 Achim Mitte zur Anbindung der bestehenden Energietransportleitung ETL 32,
- der Energietransportleitung ETL 9087.215 mit einem Durchmesser von DN 800 auf einer Länge von ca. 0,22 km auf dem Gelände der VDS Embsen als sogenannte Stationsverrohrung von der 991 MRS Achim West zur Gasfernleitung NEL

um die VDS Achim West an das Fernleitungsnetz der GUD anzubinden. Die zu beantragenden Energietransportleitungen ETL 182.010 und ETL 32.010 werden vollständig unterirdisch verlegt. Die Energietransportleitung ETL 9087.215 wird im Bereich der VDS Embsen überwiegend unterirdisch und in einem kurzen Abschnitt oberirdisch verlegt.

Aus dem von der Bundesnetzagentur bestätigten Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 ergibt sich, resultierend aus den aktuellen Planungen Dritter zum Bau und Betrieb von LNG-Terminals an den Standorten in Stade und Brunsbüttel, ein erhöhter Bedarf an Verdichtungsleistungen am Standort Achim / Embsen. Das von den LNG Terminals Stade und Brunsbüttel regasifizierte und eingespeiste LNG-Gas wird über die ETL 179 bzw. ETL 180 und die geplante ETL 182 zum geplanten Standort Achim/Embsen geleitet, an dem die weitere Verteilung in das Transportleitungsnetz erfolgt.

Im kilometerlangen Fernleitungsnetz sinkt der Gasdruck ab dem Einspeiseort des eingespeisten Gases mit der zurückgelegten Distanz. Die zu beantragenden VDS Achim West ist zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit notwendig, da das an den Einspeiseorten der LNG-Anlagen eingespeiste Gas am Standort Achim / Embsen bereits über 100 km in den Gastransportleitungen zurückgelegt hat und zum Weitertransport in der NEL auf den dort vorliegenden Gasdruck von 99,5 bar verdichten werden muss. Mit der Überspeisung und dem gesicherten Weitertransport des Gases in der NEL wird die Versorgungssicherheit im Gastransportnetz insbesondere im östlichen Teil Deutschlands erreicht.

Die Errichtung und der Betrieb der VDS Achim West ist notwendig, um die nach §§ 38, 39 GasNZV geltend gemachten Transportkapazitäten dem LNG-Terminalbetreiber GLNG in Brunsbüttel und HEH in Stade bereitzustellen. Die notwendige Transportkapazitätssteigerung wird durch Errichtung der neuen VDS Achim West mit einer Kapazität von $3 \times 715,000 \text{ Nm}^3/\text{h}$ erreicht. Für die Verdichtung sind drei integrierte Kompressoren mit Elektromotorantrieb mit einer Wellenleistung von je etwa 15 MW vorgesehen.

Der Bau der VDS Achim West und der ETL 32.010, ETL 182.010 sowie ETL 9087.215 erfolgt nach Vorliegen des Plangenehmigungsbeschlusses ab voraussichtlich Februar 2025. Bauvorbereitende Maßnahmen sollen bereits im Zuge eines vorzeitigen Baubeginns ab Oktober 2024 umgesetzt werden.

1.3 Planrechtfertigung

Für die Errichtung und den Betrieb der VDS Achim West inklusive der Nebenanlagen und der Anbindungsleitungen besteht eine Planrechtfertigung, da die Maßnahme den Zielen des § 1 EnWG entspricht und danach vernünftigerweise geboten ist. Zweck des Gesetzes gemäß § 1 Abs. 1 EnWG ist eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente, umweltverträgliche und treibhausgasneutrale leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität, Gas und Wasserstoff, die zunehmend auf erneuerbaren Energien beruht.

Ferner verfolgt § 1 Abs. 2 EnWG weitere Ziele, wie die Regulierung der Elektrizitäts- und Gasversorgungsnetze zur Sicherstellung eines wirksamen und unverfälschten Wettbewerbes bei der Versorgung mit Energie und der Sicherung eines langfristig angelegten leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs von Energieversorgungsnetzen sowie der gesamtwirtschaftlich optimierten Energieversorgung. Zur Verfolgung der Ziele in § 1 Abs. 2 Satz 1 EnWG berücksichtigt die Regulierung insbesondere den vorausschauenden Ausbau, die optimierte Nutzung und die Digitalisierung der Energieversorgungsnetze. Die mit dem Antrag verfolgten Maßnahmen sind nach diesen Zielsetzungen energiewirtschaftlich erforderlich und gerechtfertigt.

Das zu beantragende Vorhaben ist erforderlich, da die mit dem Antrag begehrte Plangenehmigung Vorhaben im Anwendungsbereich des Gesetzes zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases (LNG-Beschleunigungsgesetz - LNGG) nach Anlage Nr. 3.4 zu § 2 LNGG in Verbindung § 2 Abs. 1 Nr. 6 LNGG betrifft, das die Gasfernleitung Elbe Süd -Achim und Verdichter Achim/Embsen erfasst. Die schnellstmögliche Durchführung dieser Vorhaben dient nach § 3 Satz 3 LNGG dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland und ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich.

Mit dem am 24. Februar 2022 begonnenen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat sich die energie- und sicherheitspolitische Bewertung der Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen unvorhergesehen kurzfristig und fundamental geändert. In der Folge ist es zwischenzeitlich zur Unterbrechung der bis dato für die nationale Energieversorgung zentralen russischen Erdgaslieferungen an Deutschland (bisher 40 Prozent der nationalen Gasversorgung, bei einem Gesamtverbrauch von rund 1.000 TWh oder 96 Mrd. m³ pro Jahr) gekommen. Nach

Einschätzung des Gesetzgebers des Gesetzes zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases (LNG-Beschleunigungsgesetz –LNGG) ist daher der unverzügliche und schnellstmögliche Aufbau einer unabhängigeren nationalen Gasversorgung äußerst dringlich und zwingend erforderlich (BT-Drs. 20/1742, S. 1). Aufgrund der geringen Substituierbarkeit von Gas durch andere Energieträger muss demnach zur Sicherstellung der Versorgung zwingend Gas aus anderen Quellen beschafft werden. Eine der wenigen Möglichkeiten Deutschlands, auf dem Weltmarkt kurzfristig zusätzliche Gasmengen zu beschaffen, ist der Einkauf verflüssigten Erdgases (LNG). Um das LNG in Deutschland anlanden, regasifizieren und weiterleiten zu können, ist der umgehende Ausbau der LNG-Importinfrastruktur unverzichtbar.

Benachbart zur antragsgegenständlichen VDS Achim West befinden sich die GUD Verdichterstationen VDS Achim und VDS Embsen. Dieser Standort stellt einen Knotenpunkt für verschiedene Erdgasfernleitungen, wie beispielsweise die NEL, ETL 141 und ETL 129 (NETRA), ETL 32, ETL 51 und ETL 17, dar. Hinzukommen wird das Vorhaben der Gasfernleitung Elbe Süd-Achim (ETL 182), das nach Maßgabe des § 3 LNGG für die sichere Gasversorgung Deutschlands ebenfalls besonders dringlich ist. Die Erforderlichkeit für das Vorhaben VDS Achim West inklusive des Armaturenplatzes Achim Mitte und der Anbindungsleitungen ETL 32.010, ETL 182.010 und ETL 9087.215 ergibt sich zudem, da über die bestehenden Infrastrukturen der GUD nicht die erforderliche Kapazität dargestellt werden kann, um die avisierten Mengen vollständig im deutschen Erdgasmarkt verteilen zu können. Für die mit dem Antrag verfolgten Vorhaben wird in § 3 Satz 2 LNGG die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und der Bedarf zur Gewährleistung der Versorgung der Allgemeinheit mit Gas festgestellt.

Zugleich verpflichtet das EnWG die Vorhabenträgerin gem. § 11 Abs. 1 Satz 1 EnWG als verantwortlicher Netzbetreiber ein sicheres, zuverlässiges und leistungsfähiges Energieversorgungsnetz diskriminierungsfrei zu betreiben, zu warten und bedarfsgerecht zu optimieren, zu verstärken und auszubauen, soweit es wirtschaftlich zumutbar ist. Dies umfasst die Sicherung eines leistungsfähigen und zuverlässigen Betriebs des Energieversorgungsnetzes im Sinne des § 3 Nr. 20 EnWG. Die sichere Versorgung der Allgemeinheit mit Gas ist zudem eines der Ziele des § 1 Abs. 1 EnWG. Versorgungssicherheit bedeutet zunächst nach der Gesetzesbegründung die mengenmäßig ausreichende Versorgung der Abnehmer: „Es muss soviel Elektrizität und Gas bereitgestellt werden, dass auch der Spitzenbedarf jederzeit gedeckt werden kann.“¹ Es ist Aufgabe der Bedarfsplanung in einem iterativem Prozess den voraussichtlichen Bedarf und Durchleitungskapazitäten zu

¹ BT-Drs. 13/7274, S. 14.

ermitteln und Ausbauprioritäten zu definieren². Nach § 15a EnWG sind die deutschen FNB verpflichtet, in jedem geraden Kalenderjahr einen gemeinsamen NEP zu erstellen und der BNetzA als zuständige Regulierungsbehörde vorzulegen. Bei dem Prozess der Netzentwicklungsplanung Gas handelt es sich um ein rollierendes Verfahren, denn der Netzentwicklungsplan Gas wird in zweijährigem Turnus aufgestellt und jeweils fortgeschrieben. Gemäß § 15a Abs. 1 S. 2 EnWG muss der NEP alle wirksamen Maßnahmen zur bedarfsgerechten Optimierung, Verstärkung und zum bedarfsgerechten Ausbau des Netzes und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit enthalten, die in den nächsten zehn Jahren netztechnisch für einen sicheren und zuverlässigen Netzbetrieb erforderlich sind.

Die Basis des NEP Gas 2022–2032 bildet der öffentlich konsultierte und durch die BNetzA am 20. Januar 2022 bestätigte Szenariorahmen 2022. Die aufgrund der geopolitischen Lage eingetretenen wesentlichen Änderungen der deutschen und europäischen Energieversorgung, insbesondere der Versorgung mit Erdgas, machten eine Ergänzung des Szenariorahmens um wesentliche neue Aspekte erforderlich, um die Netzentwicklungsplanung entsprechend anpassen zu können.³ Am 26.09.2022 legten die Fernleitungsnetzbetreiber den ergänzten Szenariorahmen Gas 2022–2032 vor, den die Bundesnetzagentur mit einer Teilneubescheidung am 11.11.2022 bestätigte.⁴ Die Fernleitungsnetzbetreiber haben das Entwurfsdokument des Netzentwicklungsplans Gas 2022–2032 entsprechend § 15a Absatz 2 EnWG am 31. März 2023 bei der Regulierungsbehörde vorgelegt und veröffentlicht. Am 21. Dezember 2023 hat die BNetzA das Änderungsverlangen zum Netzentwicklungsplan Gas 2022–2032 veröffentlicht (Az.-4.13.01/003#1), das feststellte: „Der Ausbauvorschlag der Fernleitungsnetzbetreiber basierend auf der LNGplus-Variante C umfasst grundsätzlich alle wirksamen Maßnahmen zur bedarfsgerechten Optimierung, Verstärkung und zum bedarfsgerechten Ausbau des Netzes und zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit, die in den nächsten zehn Jahren netztechnisch für einen sicheren und zuverlässigen Netzbetrieb erforderlich sind (§ 15a Abs. 1 S. 2 EnWG).“⁵ Der NEP Gas 2022–2032 wurde mit Bekanntgabe dieser Entscheidung gegenüber den Fernleitungsnetzbetreibern verbindlich.

Im NEP Gas 2022 - 2032 wurde eine Leistung von 35,5 GW für die Landbased Terminals in Brunsbüttel und Stade im sogenannten Cluster Unterelbe angefragt. Für diese Leistung liegen GUD Anfragen nach § 39 GasNZV vor. Anfragen nach § 39 GasNZV werden in den Szenariorahmen zum NEP eingebracht, über deren

² Steinbach/Franke in: Steinbach/Franke, Kommentar zum Netzausbau, Teil 1 Einleitung, Rn. 21.

³ NEP Gas, Stand 20.03.2024, S. 21.

⁴ BNetzA, Änderungsverlangen zum NEP Gas 2022 – 2032, Az.-4.13.01/003#1, I. A, Seite 8.

⁵ BNetzA, Änderungsverlangen zum NEP Gas 2022 – 2032, Az.-4.13.01/003#1, II. B, 2.3 Seite 21.

Berücksichtigung im Szenariorahmen die BNetzA entscheidet. In der durch die Bundesnetzagentur als maßgeblich identifizierten Modellierungsvariante LNG-plus C wurden von den angefragten 35,5 GW im Cluster Unterelbe 27,5 GW herangezogen. Zur Realisierung dieser Leistung von 27,5 GW für das Cluster Unterelbe haben die deutschen Fernleitungsnetzbetreiber verschiedene Maßnahmen im Netz der GUD und benachbarter FNB ermittelt, darunter auch die Maßnahme 919-01 VDS Achim/Embsen, über die die zur Bereitstellung der Einspeisekapazität benötigte Erhöhung der MAP-Kapazität (1.600.000 m³/h) gewährleistet wird. Diese Maßnahme wurde durch die BNetzA am 21.12.2023 im Änderungsverlangen zum NEP Gas 2022-2032 bestätigt. GUD wurde begleitend zum NEP-Prozess vom BMWK und von der BNetzA aufgefordert, erforderliche Ausbaumaßnahmen aufzuzeigen, die im Netz der GUD eine Einspeisekapazität in Höhe von 35,5 GW für den LNG-Cluster Unterelbe ermöglichen würden. Dem BMWK und der BNetzA wurden die erforderlichen Maßnahmen angezeigt, insbesondere wurde darauf hingewiesen, dass zur Bereitstellung einer Einspeisekapazität in Höhe von 35,5 GW für den LNG-Cluster Unterelbe ein entsprechend größerer Ausbau für die VDS Achim West benötigt werde und eine Erweiterung der VDS Achim West als erforderliche, erdgasverstärkende Maßnahme in das H2-Kernnetz eingebracht wurde. Unter Hinweis auf eine endgültige Entscheidung der Maßnahmen im NEP bzw. die Beurteilung des Wasserstoffkernnetzes wurden die Angaben der Vorhabenträgerin durch die BNetzA nachvollzogen.

Die mit diesem Antrag verfolgten Maßnahmen berücksichtigen mithin die Anforderungen an die Vorhabenträgerin zur Realisierung des Wasserstoff-Kernnetzes. Mit dem Wasserstoff-Kernnetz sollen derzeit bekannte große Verbrauchs- und Erzeugungsregionen für Wasserstoff in Deutschland erreicht und so zentrale Standorte - wie große Industriezentren, Speicher, Kraftwerke und Importkorridore - angebunden werden. Das Kernnetz soll wichtige Wasserstoffinfrastrukturen beinhalten, die bis 2032 in Betrieb gehen sollen. Der mit der nationalen Wasserstoffstrategie verfolgte Markthochlauf von Wasserstoff erfordert den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur und zugleich Erdgasverstärkende Maßnahmen gemäß Kapitel 6⁶ des Antragsentwurfs für das Kernnetz zur Realisierung des Wasserstoff-Kernnetzes.

Nach § 28q Abs. 2 Satz 4 EnWG ist die Möglichkeit der Umstellung von vorhandenen Leitungsinfrastrukturen dabei vorrangig zu prüfen und darzulegen; hierfür kann der Antrag zum Wasserstoff-Kernnetz zusätzliche Ausbaumaßnahmen des bestehenden Erdgasnetzes in einem geringfügigen Umfang beinhalten. Zu diesem Zweck wurde in den Modellierungen des Kernnetzes und folglich in den bereits veröffentlichten Dokumenten des Wasserstoffkernnetzes bereits die Notwendigkeit

⁶ Vgl. FNB Gas, Entwurf Wasserstoff-Kernnetz 2032, S. 43f.

weiterer Verdichter in Achim/Embsen ermittelt. Die Maßnahme 1031-01 VDS Achim West wird dort wie folgt begründet "Bei der hier beschriebenen Maßnahme handelt es sich um die Erweiterung der geplanten Verdichteranlage Achim West zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit im Rahmen des Abtransportes von LNG sowie um den höheren Ausspeisebedarf der ONTRAS in der ZONE JAGAL zu gewährleisten"⁷. Die Erweiterung der VDS Achim West wurde als erforderliche, erdgasverstärkende Maßnahme in den Antragsentwurf vom 15.11.2023 für das Wasserstoff-Kernnetz einbezogen. Nach § 28q Abs. 8 S. 2 EnWG genehmigt die BNetzA den Antrag auf das Wasserstoff-Kernnetz innerhalb von zwei Monaten, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen insbesondere nach § 28q Abs. 8 S. 1 EnWG vorliegen. Nach Angaben der BNetzA⁸ ist der Antrag auf das Wasserstoff-Kernnetz bis zum 22.07.2024 zu beantragen, so dass unter Einhaltung dieser Voraussetzungen eine Genehmigung voraussichtlich innerhalb des Septembers 2024 zu erwarten ist.

In der Berücksichtigung der Modellierungen des NEP 2022–2032 und des Kernnetzes hat ein effizienter Ausbau des Verdichterstandortes Achim/Embsen auf Basis aller Erfordernisse zu erfolgen. Zu diesem Zweck wurden die insgesamt vier ermittelten Verdichtereinheiten auf drei Verdichtereinheiten verringert, die jedoch eine höhere spezifische Leistung aufbringen können. Durch diese Anpassung kann insbesondere ein effizientes Redundanzkonzept aufgestellt werden und der Flächenbedarf vermindert werden. Zusammen mit der bestehenden Verdichterstation Embsen wird eine maximale Transportkapazität von 2,370,000 Nm³/h aus dem GUD 70bar- und GUD-84bar-System in die NEL-Erdgastransportleitung geschaffen, bei gleichzeitiger Redundanz einer Verdichtereinheit in VDS Embsen und VDS Achim West. Dabei ist eine n+1 Maschinenkonfiguration erforderlich, d.h. bei Ausfall einer Maschine muss die erforderliche Gesamtmenge von 2.370.000 Nm³/h durch die weiteren Verdichter gewährleistet werden. Eine Sicherstellung der Versorgungssicherheit bei dem Betrieb von zwei Verdichtereinheiten erfolgt für den Fall des Ausfalls einer der neu zu errichtenden Verdichtereinheiten durch eine Redundanz über eine weitere Verdichtereinheit der VDS Achim West. Demzufolge beinhaltet das mit dem Antrag verfolgte Vorhaben den Neubau einer neuen Verdichterstation mit drei neuen Einheiten mit der Leistung von jeweils 15 MW.

⁷ BNetzA, Antragsentwurf der Fernleitungsnetzbetreiber für das Wasserstoff-Kernnetz, Anlage 3, <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Wasserstoff/Kernnetz/start.html>, Abruf 10.07.2024; FNB Gas, Entwurf Wasserstoff-Kernnetz 2032, Anlage 3 Maßnahmenliste FNB, <https://fnb-gas.de/wasserstoffnetz-wasserstoff-kernnetz/>, Stand 15.11.2023, Abruf 10.07.2024.

⁸ BNetzA, Formeller Antrag, <https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Fachthemen/ElektrizitaetundGas/Wasserstoff/Kernnetz/start.html>, Abruf am 10.07.2024.

1.4 Aufbau der Antragsunterlage

Die Antragsunterlagen bestehen aus

- einem allgemeinen Teil (Teil A),
- einem trassierungstechnischen Teil (Teil B),
- einem privatrechtlichen Teil (Teil C),
- einem umweltfachlichen Teil (Teil D),
- einem Bauantrag (Teil E)

Die gesamte Struktur der Antragsunterlagen wie folgt gegliedert:

Teil A	Allgemeiner Teil
A1	Erläuterungsbericht und Übersichtspläne
A1.01	Erläuterungsbericht
A1.02	Verfahrensfließbild
A1.03	Anbindung VDS Achim West Verfahrensfließbild
A1.04	Station Achim - Embsen Übersichtsblockschema
A1.05	Stationsübersicht Achim West
A1.06	Stationsübersicht Achim Mitte
Teil B	Trassierungstechnischer Teil
B1	Regelpläne
B1.01	ETL 32 - Anschlussleitung Regelplan - Arbeitsstreifen Standard
B1.02	ETL 32 - Anschlussleitung Regelplan - Kreuzung mit Gewässern - offene Bauweise
B1.03	ETL 32 - Anschlussleitung Regelplan - Rohrgraben und Verfüllung
B1.04	ETL 32 - Anschlussleitung Regelplan - Wiederherstellung Gewässerbett
B1.05	ETL 32 - Anschlussleitung Regelplan - Wiederherstellung Gewässerufer
B1.06	ETL 32 - Anschlussleitung Regelplan - Kreuzung von Straßen mittels Geschlossenem Rohrvortrieb
B2	Bauwerksverzeichnis
B2.01	Bauwerksverzeichnis Anschlussleitungen
B2.02	Kreuzungsliste Anschlussleitungen
B3	Trassenplan
B3.01	Verbindungsleitung zwischen Armaturenplatz Achim Mitte und ETL 32 - Trassenplan
Teil C	Privatrechtlicher Teil
C1	Grundstückverzeichnis
C1.01	Grunderwerbsplan
C2	Wegerecht
C2.01	VDS Achim West Wegerechtserwerbsplan
C2.02	Eigentümergebietverzeichnis
Teil D	Umweltfachlicher Teil
D1	UVP-Vorprüfung
D1.01	Antrag UVP-Vorprüfung

D2	Natura2000-Vorprüfung
D2.01	Natura2000-Vorprüfung
D3	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
D3.01	Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag
D4	Fachbeitrag nach EU-WRRL
D4.01	Fachbeitrag WRRL
D5	Landschaftspflegerischer Begleitplan
D5.01	Landschaftspflegerischer Begleitplan
Teil E	Bauantrag
E1	Bauanträge
E1.01	Bauantragsformular
E1.02	Nachweis der Bauvorlagenberechtigung
E1.03	Urkunde Tragwerksplaner
E1.04	stat. Erhebungsbogen
E1.05	Abweichungsantrag
E1.06	Bauerlaubnisse
E2	Lagepläne und Bauzeichnungen
E2.01	Amtlicher Lageplan 1 und 2
E2.02	Amtliche Karte_1:5000
E2.03	Übersicht Baustelleneinrichtungsplan
E2.04	Ergänzungslageplan Achim West
E2.05	Ergänzungslageplan Achim Mitte
E2.06	Abstandflächenplan Achim West
E2.07	Abstandflächenplan Achim Mitte
E2.08	Oberflächenplan Achim West
E2.09	Oberflächenplan Achim Mitte
E2.10	Geländeschnitte Achim West Plan1
E2.11	Geländeschnitte Achim West Plan2
E2.12	Geländeschnitte Achim Mitte
E3	Entwurfsplanung zum Bauantrag
E3.01	Elektrogebäude Ansichten und Gründung_BA
E3.02	Elektrogebäude Grundriss, Schnitt A und Schnitt B
E3.03	Verdichterhalle Gründung + Schnitte
E3.04	Verdichterhalle Ansichten
E3.05	Verdichterhalle Erdgeschoss + Schnitte_BA
E3.06	Betriebsgebäude Grundrisse + Längsschnitt_BA
E3.07	Betriebsgebäude Schnitte + Ansichten_BA
E3.08	Stationszaun Details - Leitzeichnung
E3.09	Netzersatzanlage_BA
E3.10	Netztrennergebäude Grundriss, Schnitt, Ansichten_BA
E3.11	Stationsabscheider_BA
E3.12	Gaskühler_Grundrisse-Schnitte_BA
E3.13	Gaskühler_Ansichten_BA

E3.14	Trafowanne_BA
E3.15	FU-Kühler_BA
E3.16	Harmonischer-Filter_BA
E3.17	Ausbläser_BA
E3.18	EMSR-Schaltheus
E3.19	Analysecontainer Gasbeschaffenheitsbemessung
E4	Baubeschreibung
E4.01	Baubeschreibung
E4.02	Betriebsbeschreibung
E5	Berechnungen
E5.01	Nutz- und Geschossflächen
E5.02	Bruttorauminhalt und anrechenbare Baukosten
E5.03	GRZ-Berechnung
E5.04	Betriebsgebäude - statische Berechnung
E5.05	Betriebsgebäude - Positionsplan zur statischen Berechnung
E5.06	Elektrogebäude - statische Berechnung
E5.07	Elektrogebäude - Positionsplan zur statischen Berechnung
E5.08	Verdichterhalle - statische Berechnung
E5.09	Verdichterhalle - Positionsplan zur statischen Berechnung
E5.10	Netztrennergebäude - statische Berechnung
E5.11	Netztrennergebäude - Positionsplan zur statischen Berechnung
E6	Nachweise und Gutachten
E6.01	Nachweis der Feuerwiderstandsdauer
E6.02	Nachweis Einstellplätze
E6.03	GEG Nachweis
E6.04	Brandschutzkonzept
E6.05	Schalltechnisches Prognosegutachten VDS Achim West
E6.06-1	Baugrundgutachten VDS Achim West 1 und 2
E6.06-2	GeoReport Achim
E6.07	Bodenschutz- und Bodenmanagementkonzept
E6.08	Kampfmittelsondierung
E7	Erschließung
E7.01	Erschließung Konzept
E7.02	Übersicht Zufahrt
E7.03	Prinzipschnitte Straßen und Wege
E7.04	Übersicht Ver-u. Entsorgungsplan
E7.05	Verkehrsmanagement Baustellenzufahrt
E8	Wasserrechtliche Anträge
E8.01	Antrag auf Grundwasserabsenkung sowie Antrag auf Ableitung des geförderten Wassers
E8.02	Grundwasserhaltung für die geplante Errichtung der Erdgasverdichterstation Achim West - Erläuterungsbericht
E8.03	Antrag auf Grabenverrohrung
E8.04	Antrag auf Grabenverrohrung - Erläuterungsbericht

E8.05	Wasserrechtsantrag Oberflächenentwässerung - Neubau Schieberstation Achim Mitte
E8.06	Wasserrechtsantrag Oberflächenentwässerung - Erweiterung VDS Embsen
E8.07	Wasserrechtsantrag Oberflächenentwässerung - VDS Achim West
E9	AwSV Dokument
E9.01	AwSV Dokument
E9.02	Anzeige Anlage zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und Antrag auf Eignungsfeststellung
E9.03	Sicherheitsdatenblätter
E9.04	KOSTRA-DWD-2020 Tabellen
E9.05	AwSV Lageplan

1.5 Projektzeitplan

Der Projektzeitplan für die VDS Achim West und der Nebenanlagen, insbesondere des Armaturenplatzes Achim Mitte sowie der notwendigen Anschlussleitungen sieht die Errichtung und Inbetriebnahme entsprechend der Tabelle 1: Terminplan in zwei Stufen vor. Aufgrund der besonderen Eilbedürftigkeit wird für die in Tabelle 2: Maßnahmen nach § 44c EnWG i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 4 LNGG in Kapitel 1.6 der vorzeitige Baubeginn beantragt. Hinsichtlich der wasserrechtlichen Maßnahmen wird gemäß § 17 WHG zugleich der vorzeitige Beginn beantragt.

Tabelle 1: Terminplan

Eckpunkte	geplanter Zeitpunkt / -raum
geplanter Beginn der zum vorzeitigen Baubeginn beantragten Maßnahmen (Baufeldfreimachung, Baustraßen, Baustelleneinrichtungsflächen, Errichtung einer Bauwasserhaltung, Herstellung der Grabenverrohrungen, Bodenaustausch, Einbau der Entwässerungshauptverrohrung, Bau eines Löschwasserbrunnens)	Nach Entscheidung über den Antrag gemäß § 44c EnWG; voraussichtlich ab 01.10.2024
Geplanter Baubeginn aller weiteren Maßnahmen	Nach Erteilung der Plangenehmigung; voraussichtlich ab 03.02.2025
Betriebsbereitschaft Verdichtereinheit 1 und 2	Dezember 2026
Betriebsbereitschaft Verdichtereinheit 3 und Abschluss aller Baumaßnahmen	Juni 2027

Auf den benötigten Arbeitsflächen zum Bau der Anschlussleitungen findet nach Leitungsverlegung die Wiederherstellung statt. Nach dem Rückbau der Baustelleneinrichtungsfläche und der Rekultivierung der landwirtschaftlichen Fläche im Bereich der zu beantragenden ETL 32.010 endet die Bauphase.

1.6 Beantragung der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns

Die Realisierung der VDS Achim West und ihrer mit dem Antrag verfolgten Anbindungsleitungen ist in Anbetracht ihrer Bedeutung nach § 3 LNGG für die sichere Gasversorgung Deutschlands besonders dringlich (vgl. Kap. 1.3). Die schnellstmögliche Durchführung dieser Vorhaben dient dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland und ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich. Um diesem Auftrag des Gesetzgebers schnellstmöglich nachzukommen, wird neben dem Antrag auf Plangenehmigung für die in der nachfolgenden Tabelle 2: Maßnahmen nach § 44c EnWG i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 4 LNGG aufgeführten Arbeiten die Durchführung im Wege des vorzeitigen Baubeginn beantragt.

Tabelle 2: Maßnahmen nach § 44c EnWG i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr. 4 LNGG

Maßnahmen nach § 44c EnWG
- Abschieben des Oberbodens und Aufsetzen in Oberbodenmieten für die temporären Baustraßen, Baustelleneinrichtungsflächen und Baufelder entsprechend Baustelleneinrichtungsplan (reversibel)
- Befestigung der temporär genutzten Baustraßen und Baustelleneinrichtungsflächen (Einbau von Trennschichten und Schottertragschichten) (reversibel)
- Herstellung der erforderlichen Grabenteilverrohrungen (reversibel)
- Einbau der Drainageleitungen zur Grundwasserabsenkung im Bereich der VDS Achim West, Durchführung der Bodenaustauschmaßnahmen (Ersatz nicht tragfähiger Torfschichten durch tragfähigen Füllboden) und Grundwasserhaltung für den Bodenaustausch, sofern notwendig (teilweise irreversibel)
- Einbau der Hauptentwässerungsleitungen auf dem Gelände der VDS Achim West (reversibel)
- Auffüllung des Baufeldes der VDS Achim West von ca. 6,40 m HNH auf ca. 7,40 m NHN in Teilbereichen (reversibel)
- Auffüllung des Baufeldes des Armaturenplatzes Achim Mitte von 6,80 m NHN auf ca. 7,20 m NHN (reversibel)
- Einbau der Ver- und Entsorgungsleitungen (Schmutzwasser, Trinkwasser, Löschwasser) von ihren jeweiligen Einbindepunkten im Bestand bis an den Baufeldrand der VDS Achim West (reversibel)

- Herstellung des Löschwasserbrunnens im Bereich der Hauptzufahrt zur VDS Embsen (irreversibel)
- Herstellung einer Stahlbetonsohlplatte zur Aufstellung der Containeranlage des Vorhabenträgers im Bereich der Baustelleneinrichtungsfläche (reversibel)
- Aufstellung der Containeranlage des Vorhabenträgers im Bereich der Baustelleneinrichtungsfläche (reversibel)

Nach § 44c Abs. 1 Satz 1 EnWG kann in einem Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren die für die Feststellung des Plans oder für die Erteilung der Plangenehmigung zuständige Behörde vorläufig zulassen, dass bereits vor Feststellung des Plans oder der Erteilung der Plangenehmigung in Teilen mit der Errichtung oder Änderung eines Vorhabens im Sinne des § 43 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 6 und Abs. 2 EnWG einschließlich der Vorarbeiten begonnen wird, wenn

1. unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange einschließlich der Gebietskörperschaften mit einer Entscheidung im Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren zugunsten des Vorhabenträgers gerechnet werden kann (siehe auch Ziffer 1.6.1),
2. der Vorhabenträger ein berechtigtes oder ein öffentliches Interesse an der Zulassung des vorzeitigen Baubeginns darlegt (siehe auch Ziffer 1.6.2),
3. der Vorhabenträger nur Maßnahmen durchführt, die reversibel sind,
4. der Vorhabenträger über die für die Maßnahmen notwendigen privaten Rechte verfügt und
5. der Vorhabenträger sich verpflichtet (siehe Ziffer 1.6.3),
 - a) alle Schäden zu ersetzen, die bis zur Entscheidung im Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren durch die Maßnahmen verursacht worden sind, und
 - b) sofern kein Planfeststellungsbeschluss oder keine Plangenehmigung erfolgt, den früheren Zustand wiederherzustellen.

Nach § 44c Abs. 1 Satz 2 EnWG können ausnahmsweise irreversible Maßnahmen zugelassen werden, wenn sie nur wirtschaftliche Schäden verursachen und für diese Schäden eine Entschädigung in Geld geleistet wird. Bei den oben dargestellten örtlich irreversiblen Maßnahmen handelt es sich um den Austausch der nichttragfähigen Torfschichten gegen tragfähigen Füllboden sowie der vorzugsweisen Verwertung der überschüssigen Torf- und Oberbodenmassen. Diese Bodenmassen sollen, wenn möglich dem Naturhaushalt wieder zugeführt werden. Hinsichtlich der

ursprünglichen Nutzung der Flächen für landwirtschaftliche Zwecke sind die vorgesehenen Maßnahmen als reversibel zu betrachten.

Bei der Zulassung von Vorhaben im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 6 LNGG i.V.m. Nr. 3.4 der Anlage zum LNGG sind diese gesetzlichen Vorgaben für die Zulassung des vorzeitigen Beginns gemäß § 8 Abs. 1 Nr. 4 LNGG mit der Maßgabe anzuwenden, dass für den vorzeitigen Baubeginn die Voraussetzungen des § 44c Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 und 4 sowie des § 44c Abs. 1 Satz 2 des EnWG nicht vorliegen müssen. Hierdurch soll eine Verfahrenserleichterung geschaffen werden, damit die Fernleitungsnetzbetreiber ihre in § 15 Abs. 1 EnWG gesetzlich festgeschriebene Aufgabe erfüllen können und zu einer sicheren Energieversorgung beitragen (vgl. BT-Drs. 20/1742, Seite 24).

Die Durchführung der vorbereitenden Maßnahmen zum Bau der VDS Achim West ist ab Anfang Oktober 2024 vorgesehen. Nachfolgend sind die Flurstücke und deren Inanspruchnahme aufgelistet.

Flurstücksliste			
Gemarkung	Flur	Flurstück	Inanspruchnahme
Achim	5	49	Grabenverrohrung
Achim	5	50	Oberbodenlager
Achim	5	51	Baustelleneinrichtungsfläche
Achim	5	52	Baufläche VDS Achim West
Achim	5	53	Baufläche VDS Achim West
Achim	5	54	Baufläche VDS Achim West
Achim	5	185/2	Baufläche VDS Achim West und Grabenverrohrungen
Achim	5	98/1	Baustraße Ver-und Entsorgungsleitungen
Achim	5	102/1	Baustraße Ver-und Entsorgungsleitungen
Achim	5	194/2	Baustraße Ver-und Entsorgungsleitungen
Achim	5	240/103	Baustelleneinrichtungsfläche, Baustraße und Baufeld Armaturenplatz Achim Mitte
Achim	5	237/103	Oberbodenlager
Achim	5	238/103	Baustraße
Achim	5	187/2	Grabenverrohrung
Embsen	4	202/1	Baustraße
Embsen	4	243/3	Oberbodenlager und Baustraße
Embsen	4	239/17	Oberbodenlager und Baustraße
Embsen	4	271/95	Grabenverrohrung
Embsen	4	191/1	Grabenverrohrung

Ungeachtet der Beantragung des vorzeitigen Baubeginns haben Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte nach § 44 Abs. 1 EnWG zur Vorbereitung der Planung und der Baudurchführung eines Vorhabens oder von

Unterhaltungsmaßnahmen notwendige Vermessungen, Boden- und Grundwasseruntersuchungen einschließlich der vorübergehenden Anbringung von Markierungszeichen, bauvorbereitende Maßnahmen zur bodenschonenden Bauausführung, Kampfmitteluntersuchungen und archäologische Voruntersuchungen einschließlich erforderlicher Bergungsmaßnahmen sowie sonstige Vorarbeiten durch den Träger des Vorhabens oder von ihm Beauftragte zu dulden.

1.6.1 Positive Prognose bezüglich der Plangenehmigungsfähigkeit des Vorhabens

Es ist davon auszugehen, dass unter Berücksichtigung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange einschließlich der Gebietskörperschaften eine Entscheidung im Plangenehmigungsverfahren zugunsten des Vorhabens getroffen wird.

Das ist der Fall, wenn die Behörde durch eine ausreichende Beurteilungsgrundlage in die Lage versetzt wird, im Wege einer summarischen Prüfung eine Prognose zugunsten der Zulassungsfähigkeit des Vorhabens zu stellen. Dazu genügt die überwiegende Wahrscheinlichkeit einer positiven Entscheidung im Planfeststellungsverfahren, ggf. unter Aufnahme von Inhalts- und Nebenbestimmungen (vgl. Nebel/Fest, in Kommentar zum Netzausbau, 3. Auflage 2022, § 44c EnWG Rn. 30). Im Rahmen der Zulassung des vorzeitigen Beginns müssen nicht bereits sämtliche Voraussetzungen für die Zulassung abschließend geklärt werden (vgl. zu § 8a BImSchG VG Frankfurt (Oder), Beschluss vom 10. Dezember 2020, Az. 5 L 602/20, juris, Rn. 11). Eine an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit der Zulassung ist nicht erforderlich; vielmehr genügt eine überwiegende Wahrscheinlichkeit im Sinne einer prognostischen Einschätzung, dass sich ggf. noch offene Fragen im weiteren Planfeststellungsverfahren – ggf. durch die Aufnahme von Inhalts- und Nebenbestimmungen – werden klären lassen. Ob die zu erwartende Plangenehmigung einer gerichtlichen Rechtmäßigkeitskontrolle standhalten wird, ist nicht Gegenstand der Prüfung im Rahmen der Zulassung des vorzeitigen Beginns (vgl. BVerwG, Beschluss vom 30. April 1991, Az. 7 C 35.90, juris, Rn. 10).

Es ist nicht zu erwarten, dass sich aus den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange oder zu beteiligender Umweltvereinigungen Bedenken gegen die Zulassungsfähigkeit des Vorhabens ergeben, denen nicht durch Auflagen oder sonstige Nebenbestimmungen in der Plangenehmigung begegnet werden könnte. Die GUD behält sich vor, bei Bedarf zu einzelnen im Zuge der Beteiligung ggf. noch geäußerten Bedenken oder Kritikpunkten ergänzend Stellung zu nehmen, soweit dies für die günstige Prognose im Sinne des § 44c Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EnWG erforderlich sein sollte.

1.6.2 Öffentliches Interesse an der Zulassung des vorzeitigen Bau- beginns

Die schnellstmögliche Durchführung des Vorhabens dient nach § 3 Satz 3 LNGG dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland und ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich. Eine zeitliche Beschleunigung der Errichtung des Vorhabens ist zwingend erforderlich, um die geplante und vom Gesetzgeber gewollte Fertigstellung der Baumaßnahmen und die Inbetriebnahme des antragsgegenständlichen Vorhabens zu gewährleisten. Dies wiederum ist Voraussetzung für die Einbindung und den Betrieb der geplanten Anbindungsleitung ETL 182 im Sinne des Vorhabens Nr. 3.4 der Anlage zu § 2 Abs. 1 Nr. 6 LNGG in das deutsche Gasfernleitungsnetz. Die vorzeitige Zulassung dient der Versorgungssicherheit Deutschlands mit Erdgas und entspricht den gesetzlichen Zielen des § 1 Abs. 1 EnWG.

Auch im Falle der Ausschöpfung der durch das LNGG zur Verfügung gestellten Potenziale zur Verfahrensbeschleunigung ist mit der Genehmigung des antragsgegenständlichen Plans vor Februar 2025 nicht zu rechnen. Innerhalb der in diesem Falle bis Februar 2025 nach der Plangenehmigung noch zur Verfügung stehenden Bauzeit kann die Errichtung und fristgerechte Inbetriebnahme der VDS Achim West nur gewährleistet werden, wenn die oben genannten Vorbereitungs- und Baumaßnahmen bereits vorzeitig zugelassen werden. Würde die vorzeitige Zulassung nicht gewährt, würde die Inbetriebnahme der VDS Achim West sich verzögern, so dass auch die notwendigen Maßnahmen im Gasfernleitungsnetz nicht rechtzeitig wie geplant zur Verfügung stünden.

Die Eilbedürftigkeit der einzelnen von diesem Antrag umfassten Maßnahmen ergibt sich aus dem in Kapitel 1.6 und in Kapitel 4 beschriebenen Maßnahmen und den in Kapitel 1.5 dargelegten Bauzeiten nach Maßgabe des § 3 LNGG.

1.6.3 Selbstverpflichtung des Vorhabenträgers

Die GUD verpflichtet sich gemäß § 44c Abs. 1 Nr. 4 EnWG,

- alle Schäden zu ersetzen, die bis zur Entscheidung im Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren durch die Maßnahmen verursacht worden sind, und
- sofern kein Planfeststellungsbeschluss oder keine Plangenehmigung erfolgt, einen im Wesentlichen gleichartigen Zustand herzustellen.

Daraus ergibt sich eindeutig und zweifelsfrei, dass die GUD das volle wirtschaftliche Risiko eines eventuell negativen Ausgangs des Plangenehmigungs- bzw. Planfeststellungsverfahrens trägt.

1.7 Beantragung der Zulassung des vorzeitigen Beginns gem. § 17 WHG

Für die Errichtung der VDS Achim West und der Nebenanlagen ist die Zulassung des vorzeitigen Beginns von Grundwasserhaltungsmaßnahmen gem. § 17 WHG entsprechend der Ausführungen in Kapitel 2.6 erforderlich.

In einem Erlaubnis- oder Bewilligungsverfahren kann die zuständige Behörde auf Antrag gemäß § 17 WHG zulassen, dass bereits vor Erteilung der Erlaubnis oder der Bewilligung mit der Gewässerbenutzung begonnen wird, wenn

1. mit einer Entscheidung zugunsten des Benutzers gerechnet werden kann,
2. an dem vorzeitigen Beginn ein öffentliches Interesse oder ein berechtigtes Interesse des Benutzers besteht und
3. der Benutzer sich verpflichtet, alle bis zur Entscheidung durch die Benutzung verursachten Schäden zu ersetzen und, falls die Benutzung nicht erlaubt oder bewilligt wird, den früheren Zustand wiederherzustellen.

Entsprechend Kapitel 1.6.1 kann für die Beurteilung nach § 17 Abs. 1 Nr. 1 WHG mit einer Entscheidung zugunsten des Benutzers gerechnet werden. Es ist nicht zu erwarten, dass sich aus den Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange oder zu beteiligender Umweltvereinigungen Bedenken gegen die Zulassungsfähigkeit des Vorhabens ergeben, denen nicht durch Auflagen oder sonstige Nebenbestimmungen in der Plangenehmigung begegnet werden könnte. Die GUD behält sich vor, bei Bedarf zu einzelnen im Zuge der Beteiligung ggf. noch geäußerten Bedenken oder Kritikpunkten ergänzend Stellung zu nehmen, soweit dies für die günstige Prognose im Sinne des § 17 Abs. 1 Nr. 1 WHG erforderlich sein sollte.

Entsprechend Kapitel 1.6.2 dient die schnellstmögliche Durchführung des Vorhabens nach § 3 Satz 3 LNGG dem zentralen Interesse an einer sicheren und diversifizierten Gasversorgung in Deutschland und ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich. Eine zeitliche Beschleunigung der Errichtung des Vorhabens ist zwingend erforderlich, um die geplante und vom Gesetzgeber gewollte Fertigstellung der Baumaßnahmen und die Inbetriebnahme des antragsgegenständlichen Vorhabens zu gewährleisten. Die Zulassung des vorzeitigen Beginns dient der Versorgungssicherheit Deutschlands mit Erdgas und entspricht den gesetzlichen Zielen des § 1 Abs. 1 EnWG.

Die GUD verpflichtet sich gemäß § 17 Abs. 1 Nr. 3 WHG,

- alle bis zur Entscheidung durch die Benutzung verursachten Schäden zu ersetzen und, falls die Benutzung nicht erlaubt oder bewilligt wird, den früheren Zustand wiederherzustellen

2 Rechtliche Rahmenbedingungen

2.1 Plangenehmigung

Die Vorhabenträgerin beantragt am Standort Achim/Embsen die Errichtung und den Betrieb der VDS Achim West inklusive der zur Anbindung an das Fernleitungsnetz am Standort Achim/Embsen erforderlichen Energietransportleitungen ETL 32.010, ETL 182.010 und ETL 9087.215 sowie aller für den Betrieb erforderlichen Nebenanlagen zuzulassen.

Nach § 43 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 EnWG können die für den Betrieb von Energieleitungen notwendigen Anlagen, insbesondere Verdichterstationen, durch die nach Landesrecht zuständige Behörde durch Planfeststellung zugelassen werden. Gemäß § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 EnWG bedarf die Errichtung, der Betrieb und die Änderung von Gasversorgungsleitungen mit einem Durchmesser von mehr als 300 Millimeter Durchmesser der Planfeststellung durch die nach Landesrecht zuständige Behörde. Zuständige Behörde für die Entscheidungen nach § 43 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 sowie § 43 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 EnWG ist das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG).

Anstelle eines Planfeststellungsverfahrens kann nach § 74 Abs. 6 VwVfG ein Plangenehmigungsverfahren durchgeführt werden, wenn Rechte anderer nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt werden oder die Betroffenen sich mit der Inanspruchnahme ihres Eigentums oder eines anderen Rechts schriftlich einverstanden erklärt haben, mit den Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich berührt wird, das Benehmen hergestellt worden ist und nicht andere Rechtsvorschriften eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorschreiben, die den Anforderungen des § 73 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 bis 7 entsprechen muss.

Eine Voraussetzung für die Erteilung einer Plangenehmigung ist gem. § 43 Abs. 4 EnWG i.V.m. § 74 Abs. 6 Satz 1 Nr. 3 VwVfG, dass nicht andere Rechtsvorschriften eine Öffentlichkeitsbeteiligung vorschreiben, die den Anforderungen des § 73 Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 bis 7 entsprechen muss. Eine Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt, wenn für die mit dem Genehmigungsantrag verfolgten Maßnahmen nach UVPG oder dem NUVPG eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchgeführt werden muss (sog. UVP-pflichtige Vorhaben).

Eine Öffentlichkeitsbeteiligung aufgrund einer UVP-Pflicht liegt nicht vor. Das Vorhaben ist gemäß § 7 Abs. 1 UVPG i.V.m. Ziffer 13.3.2 Spalte 2 und 13.18.1 Spalte 2 und Ziffer 19.2.4 Spalte 2 der Anlage 1 UVPG UVP-vorprüfungspflichtig. Darüber hinaus kommt die mit dem Antrag auf selbstständige UVP-Vorprüfung vom 21.06.2024 übersandte Unterlage, die diesem Antrag in D1.01 beigelegt ist, in Kap. 6 zu dem Ergebnis, dass keine vorhabenbedingten, erheblichen Beeinträchtigungen der Schutzgüter gemäß § 2 Abs. 1 UVPG vorliegen.

Da die Eigentümer bekannt sind und die Zustimmung dieser zum Vorhaben vorab eingeholt wurden, das Benehmen mit den Trägern öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich berührt werden, hergestellt werden kann und nach Umweltverträglichkeitsvorprüfung (vgl. D1.01) eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung samt Öffentlichkeitsbeteiligung nicht besteht, sind die Voraussetzungen für die Durchführung eines Plangenehmigungsverfahrens nach § 74 Abs. 6 VwVfG erfüllt.

2.2 Bauordnungsrecht

Die Vorhabenträgerin plant den Neubau der VDS Achim West inklusive der Nebenanlagen und Anbindungsleitungen im Außenbereich der Stadt Achim angrenzend zur VDS Embsen im Außenbereich gemäß § 35 Abs. 1 BauGB. Bei der geplanten Verdichterstation handelt es sich um ein privilegiertes Vorhaben im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB. Ein Vorhaben ist gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB im Außenbereich zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und wenn es der öffentlichen Versorgung mit Gas, Telekommunikationsdienstleistungen, Wärme und Wasser, der Abwasserwirtschaft oder einem ortsgebundenen gewerblichen Betrieb dient.

Bei der geplanten Verdichterstation handelt es sich um ein privilegiertes Vorhaben im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB, das der öffentlichen Versorgung mit Gas dient. Eine Verdichterstation, die dazu dient, das transportierte Gas wieder zu komprimieren, erfüllt diese Voraussetzung. Nähere Angaben enthält die Vorhabenbeschreibung in Kapitel 1.2 sowie die Planrechtfertigung in Kapitel 1.3. Besondere Bedeutung hat bei § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB das Merkmal der Ortsgebundenheit, welche sich hier durch die notwendige rohrlauftechnische Verknüpfung der Verdichterstation mit den vorhandenen Energietransportleitungen am geplanten Standort ergibt. Ergänzend wird auf die Ausführungen in Kapitel 3.3.1 verwiesen. Die zwingende Lage der Verdichterstation am vorgesehenen Standort ergibt sich daraus, dass es sich dort um einen Knotenpunkt handelt, an dem verschiedene Erdgasfernleitungen, wie beispielsweise die NEL, ETL 141 und ETL 129 (NETRA), ETL 32, ETL 51 und ETL 17 mit der geplanten ETL 182 zusammentreffen (Vgl. Kapitel 1.2).

Öffentliche Belange im Sinne des § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BauGB stehen dem Vorhaben nicht entgegen. Der Flächennutzungsplan 1998 der Stadt Achim (Stand 2006) enthält für den vorgesehenen Standort keine qualifizierte Darstellung. Östlich des geplanten Vorhabenstandorts wird eine Fläche für Versorgungsanlagen (Gas) ausgewiesen, auf der eine bereits bestehende Verdichterstation liegt. Für den Ortsteil Embsen sind keine Änderungen des Flächennutzungsplans bekannt.

Die Verdichterstation ist in Hinblick auf § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BauGB genehmigungsfähig, ohne dass es einer weiteren Bauleitplanung bedarf. Es liegt kein Widerspruch zu den Darstellungen des Flächennutzungsplans vor.

Die Erschließung der neuen Anlage erfolgt über vorhandene Gemeindewege sowie über Grundstücke im Miteigentum. Das Baugrundstück der VDS Achim West grenzt direkt an die VDS Embsen an und wird mit dieser über neu zu errichtende Werkstraßen verbunden. Die Anbindung der VDS Embsen an die öffentlichen Verkehrsflächen erfolgt über bereits bestehende Werkstraßen über Grundstücke im Miteigentum. Von der Hauptstraße (Verbindungsstraße zwischen Achim und Oyten) erfolgt die verkehrstechnische Erschließung über die Straße „In der Grund“. Das Erschließungskonzept ist in Unterlage E7.01 und eine Übersicht der Zufahrt in Unterlage E7.02 den Antragsunterlagen beigelegt.

Die Versorgung mit Trinkwasser und der Anschluss an die kommunale Schmutzwasserentsorgung erfolgt über den Anschluss an bestehende Systeme. Die Löschwasserversorgung erfolgt derzeit in ausreichendem Maße über die Trinkwasserversorgungsleitungen des Trinkwasserverbands Verden. Die Unterlage E7.04 enthält einen Ver- und Entsorgungsplan. Zukünftig soll die Löschwasserversorgung über einen neu zu errichtenden Löschwasserbrunnen erfolgen. Die ausreichende Erschließung ist somit gesichert.

Für Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB ist als weitere Zulässigkeitsvoraussetzung eine Verpflichtungserklärung abzugeben, das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen. Hiermit verpflichtet sich die Gasunie Deutschland Transport Services GmbH gemäß § 35 Abs. 5 S. 2 BauGB das beantragte Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen. Eine Sicherheitsleistung im Sinne des § 35 Abs. 5 Satz 3 BauGB wird in Form einer Konzernbürgschaft der Muttergesellschaft des Vorhabenträgers, der N.V. Nederlandse Gasunie, nachgereicht.

2.3 Kreuzungsvereinbarungen und sonstige Betroffenheiten

Die geplanten Anbindungsleitungen ETL 182.010 und ETL 9087.215 verlaufen überwiegend unterirdisch auf dem Stationsgelände der VDS Embsen bzw. VDS Achim West. Die Kreuzungsliste und das Bauwerksverzeichnis der ETL 182.010 geben eine Übersicht der zu kreuzenden Infrastruktur und der Hauptbauwerke in Kapitel 1.3 der Unterlagen B2.01 und B2.02. Ebenso enthalten die Unterlagen B2.01 und B2.02 unter Kapitel 1.4 die Kreuzungsliste und das Bauwerksverzeichnis der ETL 9087.215.

Die ETL 32.010 verbindet die Übergabestation Achim-Mitte mit der geplanten die ETL 32, der ETL 182.010 sowie der ETL 182 von Elbe-Süd nach Achim. Der Trassenplan der Verbindungsleitung ETL 32.010 befindet sich in Unterlage B3.01. Die Unterlagen B2.01 und B2.02 enthalten unter Kapitel 1.2 die Kreuzungsliste und das Bauwerksverzeichnis der ETL 32.010.

Die entsprechenden Vereinbarungen werden direkt mit den zuständigen Betreibern geschlossen. Unterirdische Leitungen, die sich innerhalb des Arbeitsstreifens befinden, können durch das Vorhaben im Zuge des Baus ggf. temporär betroffen sein (z.B. Bodenlagerung oder temporäre Überfahrten mittels Baustraßen). Die genauen Betroffenheiten ergeben sich nach erfolgter Durchführung der Suchschachtungen, in der die existierenden Fremdleitungen lagegetreu dokumentiert werden. Die Betreiber werden entsprechend informiert und deren Zustimmung und ggf. umzusetzende Vorgaben eingeholt.

2.4 Inanspruchnahme der Rechte Dritter

Für die Realisierung des Vorhabens ist die Vorhabenträgerin auf die Inanspruchnahme fremden Grundeigentums angewiesen. Für den Bau und Betrieb sowie die Unterhaltung der Energietransportleitung ETL32.010 werden die vorübergehenden und dauerhaften Leitungsrechte an den betroffenen fremden Grundstücken durch die Vorhabenträgerin beschafft und auf geeignete Weise gesichert. Die Details des Grunderwerbs und der Inanspruchnahme der Rechte Dritter sind in den Unterlagen C1.01 (Grunderwerbsplan) und C2.01 (Wegerechtserwerbsplan) dargestellt.

Für die Nutzung des 10 m breiten Schutzstreifens, jeweils 5 m beidseitig der Rohrachse, schließt die Vorhabenträgerin entsprechende Nutzungsvereinbarungen mit den betroffenen Grundstückseigentümern ab. In diesen wird die Eintragung eines entsprechenden Leitungsrechtes zugunsten der Vorhabenträgerin in das Grundbuch vereinbart. Durch das dingliche Recht hat die Vorhabenträgerin die rechtliche Möglichkeit, innerhalb des Schutzstreifens bestimmte Handlungen des Eigentümers oder eines Dritten, die die Anlage beeinträchtigen oder gefährden können, zu untersagen. Analog dazu erfolgt eine dingliche Sicherung der Nebeneinrichtungen, wie beispielsweise Schilder- und Messpfähle.

Die Unterhaltung des Embser Mühlengrabens (Gewässer 2. Ordnung) obliegt im Maßnahmengebiet dem Unterhaltungsverband „Untere Wümme“.

Soweit über den Plangenehmigungsbescheid hinaus vertragliche Vereinbarungen über technische Regelungen mit Betreibern von vorhandenen Infrastruktureinrichtungen erforderlich sind, werden diese in gesonderten Vereinbarungen geschlossen.

2.5 Zusammenstellung der gemäß § 75 Abs. 1 VwVfG zu konzentrierenden öffentlich-rechtlichen Entscheidungen

Die beantragte Plangenehmigung konzentriert alle nach anderen Rechtsvorschriften notwendigen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen, Erlaubnisse und Zustimmungen. Damit werden alle öffentlich-rechtlichen Belange zwischen Antragsteller und Betroffenen geregelt.

Der Antrag auf Plangenehmigung bezieht sich auf sämtliche öffentlich-rechtliche Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Zustimmungen und Planfeststellungen, die von der Konzentrationswirkung gemäß § 75 Abs. 1 VwVfG erfasst werden. Dies sind insbesondere

- Eingriffsgenehmigung nach §§ 14 ff. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.V.m. §§ 5 ff. Niedersächsisches Naturschutzgesetz (NNatSchG)
- Genehmigung zur Errichtung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern nach § 36 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) i.V.m. § 57 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG)
- Baugenehmigungen nach der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) (in Teil E des Antrags)
- Abweichungsantrag gem. § 66 NBauO für den Grenzabstand der Zaunanlage zu benachbarten Flurstücken (in Teil E des Antrags, Unterlage E 1.05)

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und Niedersächsisches Naturschutzgesetz (NNatSchG)

Das Bundesnaturschutzgesetz definiert Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne des Gesetzes generell als "Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen oder Veränderungen des mit der belebten Bodenschicht in Verbindung stehenden Grundwasserspiegels, die die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes oder das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen können"

(§ 14 Abs. 1 BNatSchG). Diese Eingriffe sind nach §15 Abs. 2 BNatSchG "durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen (Ausgleichsmaßnahmen) oder zu ersetzen (Ersatzmaßnahmen)." Die Darstellung und Bilanzierung der Eingriffe des Vorhabens in die Natur und Landschaft erfolgt im Landschaftspflegerischen Begleitplan (siehe Unterlage D5.01).

Baugenehmigungen nach der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO)

Gemäß § 67 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) in der jeweils aktuellen Fassung werden die Baugenehmigungen für die VDS Achim West, den Armaturenplatz Achim Mitte und die erforderlichen Nebenanlagen beantragt (siehe Antragsunterlage Teil E). Zugleich wird für die Abweichung von den

Grenzabständen für die Errichtung der Zaunanlage ein Abweichungsantrag gemäß § 66 NBauO gestellt.

2.6 Wasserrechtliche Erlaubnisse

Im Rahmen des Vorhabens werden Bautätigkeiten durchgeführt, die wasserrechtliche Erlaubnisse und Genehmigungen bedürfen. Die notwendigen Maßnahmen werden in den wasserrechtlichen Anträgen in Teil E, Unterlagen E8.01 – E8.07 dargestellt.

In diesen Zusammenhang u.a. werden folgende Erlaubnisse erforderlich:

- temporäre Wasserhaltungsmaßnahmen im Zuge der Bauwasserhaltung und Wassereinleitungen in den Embser Mühlengraben
- Erlaubnis zur Beseitigung von Niederschlagswasser über Versickerungsanlagen
- Genehmigung zur Herstellung von insgesamt 6 Stück Grabenverrohrungen: Der Antrag auf Grabenteilverrohrung eines Fließgewässers/Grabens ist in Teil E des Antrags in der Unterlage E8.03 und E8.04 (zugehöriger Erläuterungsbericht) enthalten. Es sollen über den Embser Mühlengraben als Gewässer zweiter Ordnung (eine Querung) und über zwei weitere Gräben, die als Gewässer dritter Ordnung zum Embser Mühlgraben hinführen (fünf Querungen), Grabenüberfahrten installiert werden. Die Längen der Verrohrungen liegen dabei ca. zwischen 9,0 m und 48,0 m. Im Rahmen der Erweiterungsmaßnahme werden zudem eine vorhandene Grabenüberfahrt des Embser Mühlengrabens und ein Durchlass unter dem landwirtschaftlichen Bewirtschaftungsweg zurückgebaut. Beide Verrohrungen werden in den neuen Überfahrten berücksichtigt bzw. an anderer Stelle erneut hergestellt. Neben den Grabenverrohrungen für die Erschließung des Baugrundstückes werden Überfahrten zwischen angrenzenden Nutzflächen hergestellt. Die Überfahrt über den Embser Mühlengraben (Überfahrt 1) dient der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung der angrenzenden Feldflächen. Durch die Errichtung der Station und den Kauf von Grundstücken entfallen Zuwegungen der Bewirtschafter zu ihren Agrarflächen, die im Zuge der vorbereitenden Baumaßnahmen an anderer Stelle erneut hergestellt werden müssen. Eine Grabenüberfahrt ist erforderlich, da durch den Bau und die bauvorbereitenden Maßnahmen zur Errichtung der Station VDS Achim West das Wegeflurstück 185/2 dauerhaft nicht mehr für den landwirtschaftlichen Verkehr zur Verfügung stehen wird. Dadurch kann der Bewirtschafter des Flurstücks 50 dieses nicht mehr über diesen Weg erreichen. Die Erreichbarkeit dieses Flurstücks muss daher in Zukunft über das weiter westlich gelegene Wegeflurstück 187/2 erfolgen.

Für die Errichtung von temporären baulichen Anlagen über Gewässern sind Genehmigungen gem. § 36 Abs. 1 Satz 1 & 2 Nr. 2 & Satz 3 WHG i. V. m. § 57 Abs. 1 Satz 1 & Abs. 2 NWG erforderlich.

In § 36 WHG heißt es:

„(1) Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern sind so zu errichten, zu betreiben, zu unterhalten und stillzulegen, dass keine schädlichen Gewässer- veränderungen zu erwarten sind und die Gewässerunterhaltung nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist. Anlagen im Sinne von Satz 1 sind insbesondere

1. bauliche Anlagen wie Gebäude, Brücken, Stege, Unterführungen, Hafenanlagen und Anlegestellen,
2. Leitungsanlagen [...].“

Im Übrigen gelten die landesrechtlichen Vorschriften.

In § 57 NWG heißt es:

„(1) Die Herstellung und die wesentliche Änderung von Anlagen nach § 36 WHG, auch von Aufschüttungen oder Abgrabungen in und an oberirdischen Gewässern bedürfen der Genehmigung der Wasserbehörde. [...].

(2) Die Genehmigung darf nur versagt werden, soweit schädliche Gewässerveränderungen zu erwarten sind oder die Gewässerunterhaltung mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist. [...].“

In einem Erlaubnis- oder Bewilligungsverfahren kann die zuständige Behörde einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn unter den Voraussetzungen gemäß § 17 WHG zulassen. Der Einbau der Grabendurchlässe soll und muss vor Beginn der Hauptbaumaßnahmen der VDS Achim West erfolgen. Die Herstellung der Überfahrten wird erforderlich für die Ausführung der bauvorbereitenden Maßnahmen, den späteren Verkehr zur Verdichterstation und dienen hinzukommend noch als Ausgleichsmaßnahmen für die Bewirtschafter der angrenzenden Flurstücksflächen. Eine Darstellung der geplanten Verrohrungen ist dem Lageplan in Anlage 3 der Unterlage E8.04 zu entnehmen.

Über die Erteilung der Wasserrechtlichen Erlaubnis entscheidet nach § 19 Abs. 1 und 3 WHG die Planfeststellungs- bzw. Plangenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der zuständigen Wasserbehörde.

Die wasserrechtlichen Anträge sind in Teil E8 enthalten und beinhalten in Unterlage

- E8.01 den Antrag auf Grundwasserabsenkung sowie Antrag auf Ableitung des geförderten Wassers gem. § 8 WHG,

- E8.02 den Antrag auf Grundwasserhaltung für die geplante Errichtung der VDS Achim West,
- E8.03 den Antrag auf Grabenverrohrung
- E8.04 den Erläuterungsbericht für den Antrag auf Grabenverrohrung
- E8.05 den Antrag auf Oberflächenentwässerung des Armaturenplatzes Achim Mitte
- E8.06 den Antrag auf Oberflächenentwässerung für die Maßnahmen auf dem Gelände der VDS Embsen (benannt als Erweiterung VDS Embsen)
- E8.07 den Antrag auf Oberflächenentwässerung für das Bauvorhaben VDS Achim West

3 Technische Beschreibung

3.1 Transportmedium

Die ETL 32.010, ETL 182.010 und ETL 9087.215 sind so ausgelegt, dass sie Gase im Sinne der Definition in § 3 Nr. 19a EnWG transportieren können. Verwendung findet Erdgas gemäß DVGW Arbeitsblatt G 260. Die Leitung sowie sämtliche technische Einrichtungen, als auch die Auswahl des Materials sind so spezifiziert, dass ein zukünftiger Transport von Wasserstoff möglich ist.

3.2 Energietransportleitungen

3.2.1 ETL 182.010 UND ETL 9087.215

Der Trassenverlauf ETL 182.010 und ETL 9087.215 durch das GUD-Gelände der VDS Embsen ist überwiegend durch eine Parallelführung zu bestehenden Leitungen südlich der VDS Embsen gekennzeichnet, s.a Unterlage A1.06.

Startpunkt der ETL 182.010 und ETL 9087.215 ist der Armaturenplatz Achim-Mitte, durch die die geplante ETL 182 von Elbe-Süd nach Achim mit der VDS Achim West verbunden wird. Vom Startpunkt aus ca. 100 m südlich und dann nach Westen verläuft die Trasse dann parallel zu den bestehenden Leitungen bis zum Gelände der neu zu errichtende VDS Achim West. Dort schließen die Leitungen an die neu zu errichtende Stationsverrohrung an. Bedingt durch die vorgesehenen Betriebsweisen gibt es entlang der Leitung weitere Anschlüsse (Einbindepunkte) zu bestehenden Leitungen im Bereich der bestehenden VDS Embsen. Die Kreuzungsliste und das Bauwerksverzeichnis der ETL 182.010 geben eine Übersicht der zu kreuzenden Infrastruktur und der Hauptbauwerke in Kapitel 1.3 der Unterlagen B2.01 und B2.02. Ebenso enthalten die Unterlagen B2.01 und B2.02 unter Kapitel 1.4 die Kreuzungsliste und das Bauwerksverzeichnis der ETL 9087.215.

Tabelle 3: Übersicht der technischen Daten ETL 182.010

Technische Daten ETL 182.010	
Nennweite/ Nenndurchmesser:	DN 1000
Trassenlänge:	0,5 km
Maximal zulässiger Betriebsdruck:	MOP 103 bar
Rohrmaterial:	Stahl (L485 ME)
Transportmedium:	Erdgas gemäß DVGW Arbeitsblatt G 260
Oberirdische Anlagen:	Übergabestation Achim-Mitte mit Molchschleuse, SAV Strecken, Leitungszubehör: Markierungspfähle
Korrosionsschutz:	Passiv: Kunststoff-Umhüllung (z. B. Polyethylen) nach DIN 30670 Aktiv: Kathodischer Korrosionsschutz

Tabelle 4: Übersicht der technischen Daten ETL 9087.215

Technische Daten ETL 9087.215	
Nennweite/ Nenndurchmesser:	DN 800
Trassenlänge:	0,22 km
Maximal zulässiger Betriebsdruck:	MOP 103 bar
Rohrmaterial:	Stahl (L485 ME)
Transportmedium:	Erdgas gemäß DVGW Arbeitsblatt G 260
Oberirdische Anlagen:	Messstrecken, Leitungszubehör: Markierungspfähle
Korrosionsschutz:	Passiv: Kunststoff-Umhüllung (z. B. Polyethylen) nach DIN 30670 Aktiv: Kathodischer Korrosionsschutz

3.2.2 ETL 32.010

Die ETL 32.010 verbindet den Armaturenplatz Achim Mitte mit der geplanten die ETL 32, der ETL 182.010 sowie der ETL 182 von Elbe-Süd nach Achim. Der Trassenplan der Verbindungsleitung ETL 32.010 befindet sich in Unterlage B3.01. Die geplante ETL 182 schafft die weitere Verbindung zu den LNG-Anbindungsleitungen ETL 179.200 und ETL 179.100 zum LNG-Terminal Stade. sowie die Verbindung mit der ETL 180 zum LNG Terminal Brunsbüttel.

Die ETL 32.010 startet auf dem Armaturenplatz Achim Mitte und verläuft zunächst Richtung Osten parallel zur neu zu errichtenden ETL 182. Die Leitung verläuft entlang weiterer bestehender Infrastruktur und schwenkt nach ca. 200 m nach Süden Richtung der bestehenden ETL 32. Dabei ist der Verlauf so gewählt, dass die Bäume östlich der bestehenden Verdichterstation Achim vom Vorhaben unberührt bleiben. Die Unterlagen B2.01 und B2.02 enthalten unter Kapitel 1.2 die Kreuzungsliste und das Bauwerksverzeichnis der ETL 32.010.

Tabelle 5: Übersicht der technischen Daten ETL 32.010

Technische Daten ETL 32.010	
Nennweite/ Nenndurchmesser:	DN 750
Trassenlänge:	0,38 km
Maximal zulässiger Betriebsdruck:	MOP 103 bar
Rohrmaterial:	Stahl (L485 ME)
Transportmedium:	Erdgas gemäß DVGW Arbeitsblatt G 260
Rohrüberdeckung:	Mindestens 1,0 m über Rohrscheitel gemäß DVGW Arbeitsblatt G 463 (A)
Oberirdische Anlagen:	Übergabestation Achim-Mitte mit Molchschleuse, SAV Strecken, Leitungszubehör: Markierungspfähle

Technische Daten ETL 32.010	
Korrosionsschutz:	Passiv: Kunststoff-Umhüllung (z. B. Polyethylen) nach DIN 30670 Aktiv: Kathodischer Korrosionsschutz
Auftriebssicherung	Erdanker entlang des gesamten Trassenverlaufs
Begleitkabel:	Leerrohr DN 50 für Begleitkabel,
Schutzstreifenbreite:	10 m (gemäß DVGW Arbeitsblatt G 463)
Gehölzfrei zu haltender Streifen:	6 m (2,5 m beidseitig der Rohraußenkanten)
Arbeitsstreifenbreite:	12-38 m, lokal Aufweitung für Kreuzungsbauwerke

3.3 Verdichterstation und Nebenanlagen

3.3.1 Verdichterstation Achim West

Die geplante VDS Achim West grenzt mit ihrem Baugrundstück direkt an die VDS Embsen an und wird mit dieser über neu zu errichtende Werksstraßen verbunden (Vgl. E7.01 Erschließungskonzept). Östlich der VDS Embsen erfolgt die verkehrstechnische Erschließung bis zur Hauptstraße und damit den öffentlichen Verkehrsflächen über die Privatstraße „In der Grund“.

Die Lage westlich angrenzend an die bestehende VDS Embsen ermöglicht es den Platzbedarf und wirtschaftliche Aufwendungen gering zu gestalten, da u.a. die vorhandene Infrastruktur für die Erschließung und Wasserversorgung als auch die Zufahren und Teile der Zaunanlage für die geplante VDS Achim West genutzt werden können. Ebenso ermöglicht die Nähe der VDS Achim West kurze Leitungslängen für die notwendigen Anbindungsleitungen (vgl. Kap. 1.2). Betrieb und Überwachung der VDS Achim West und des Armaturenplatzes Achim Mitte sind durch die Vorhabenträgerin und ihr Personal aufgrund der Nähe zur VDS Embsen und VDS Achim optimal möglich. Für eine weitere räumliche Einordnung des Vorhabens wird auf den Auszug der amtlichen Karte in Unterlagen E2.02 und E4.01 verwiesen. Im Teil E der Unterlage befindet sich unter E4.01 die Baubeschreibung.

Die VDS Achim West weist eine Größe von rund 18.000 m² auf. Innerhalb des Stationsgeländes für die geplante VDS Achim West befinden sich technische Anlagen und Gebäude von unterschiedlicher Größenordnung. Es wird auf den Oberflächenplan in der Bauantragszeichnung E2.08 verwiesen.

Die neu zu errichtende Verdichterstation VDS Achim West ist über die oben beschriebenen Energietransportleitungen (vgl. Kap. 3.2) an die folgenden Leitungen angebunden:

- Saugseitig ETL 182, ETL 51 und ETL 32
- Druckseitig NEL (0978) und ETL 51

Die Anlagenverrohrung des Hauptgassystems innerhalb der Verdichterstation ist für einen Druck von $DP = 103 \text{ bar}$ und gemäß Rohrklasse 100CS02 für eine Temperatur von $DT = -20 / 80^\circ\text{C}$ ausgelegt.

Einige der an die Station angebundenen Fernleitungen sind, aufgrund geringerer Druckauslegungen, durch Sicherheitsabsperrearmaturen gegen unzulässige Drucküberschreitungen gesichert. Die neu benötigten Armaturengruppen liegen auf dem Gelände des neuen Armaturenplatzes Achim Mitte.

Für VDS Achim West sind im Wesentlichen folgende Installationen vorgesehen:

- Elektrisch betriebene Verdichtereinheiten in gekapselter Bauausführung (sog. „integrierte Verdichter“)
- Horizontale Staub-/ Flüssigkeitsabscheider einschließlich Absperrarmaturen und Kondensatsammelsystem
- Einheitengaskühler
- Rohrleitungen und Armaturen zur Realisierung der vorgesehenen Fahrweisen
- Notausbläser (mehrzügig) zur der Entlastung der Station in Notfällen.
- Restgassystem mit Anschlussmöglichkeiten für mobilen Restgasverdichter sowie mobile Fackel
- ein Druckluftherzeugungs- und -verteilsystem
- Frequenzumrichter
- Transformatoren
- Gebäude zur Unterbringung der Anlagenkomponenten benötigter EMSR-Ausrüstung

Einen Überblick über den verfahrenstechnischen Prozess gibt das Dokument

- 15825-ILF-ACW-GEN-PR-DWG-00006 Verfahrensfließbild

Bezüglich der Details zur Errichtung und zum Betrieb der geplanten Verdichterstation sowie der sonstigen baulichen Anlagen verweisen wir auf den Bauantrag in Teil E der Antragsunterlagen. Die Entwurfsplanungen zum Bauantrag befinden sich in Anlage E3. Eine ausführliche Bau- sowie Betriebsbeschreibung enthält Teil E4.

3.3.2 Mess- und Regelstation Achim West

Das aus der ETL 182 sowie aus der ETL 32 über die Verdichterstation Achim West transportierte Gas kann auf die vorhandenen Leitungssysteme NEL, Netra (Ltg.129/141), Ltg.51 und Ltg.32 verteilt werden. Um die transportierten Gasmenge zu erfassen sind Mess- und Regelstrecken erforderlich, die zwischen der neuen VDS Achim West und der westlichen dritten Verdichtereinheit der VDS Embsen errichtet werden. Im Folgenden werden diese Mess- und Regelstrecken als Mess- und Regelstation (MRS) Achim West bezeichnet.

Die Mess- und Regelstation Achim West ist für einen maximalen Druck von $DP = 103 \text{ barg}$ ausgelegt. Das Design der Station soll zukünftig aber auch einen Transport von Wasserstoff ermöglichen. Die MRS besteht aus 3 parallelen Messstrecken mit einer Kapazität von jeweils $715,000 \text{ Nm}^3/\text{h}$ Erdgas.

Nahe der Messstrecken wird ein Analysencontainer aufgestellt, dieser beinhaltet einen Prozess Gaschromatograph (PGC) sowie Messungen für O_2 (Sauerstoff), H_2S (Schwefelwasserstoff) und HCDP (Kohlenwasserstoffe Taupunkt).

3.3.3 Armaturenplatz Achim Mitte (Anbindestation)

Als Knotenpunkt für die Fernleitung ETL32 und die geplante ETL182 sowie die saugseitige Anbindung an VDS Achim West und VDS Embsen liegt östlich der VDS Embsen der Armaturenplatz Achim Mitte. Achim Mitte beinhaltet zwei jeweils redundante Strecken zur Verbindung der geplanten ETL182 (84 bar System) und ETL32 (70 bar System) mit VDS Achim West und VDS Embsen (100 bar System) sowie eine temporäre Molchschleuse für die geplante ETL182. Jede SAV Strecke besteht aus Absperrarmaturen, SAV und einem Regelventil. Die Armaturen der redundanten Fließwege sind zur Minimierung von Druckverlusten im Normalfall offen.

3.3.4 Korrosionsschutz

Die Stationsverrohrung wird nahe der Einbindepunkte galvanisch durch Isolierkupplungen von dem KKS-System der Pipeline getrennt. Die unterirdischen Gas-Hochdruckleitungen der Station werden durch ein lokales, kathodisches Korrosionsschutzsystem (LKS), gemäß DIN EN 14505 geschützt.

Dabei wird zum einen durch Anoden ein Gleichstrom in die unterirdische Verrohrung eingeprägt, welcher ein Schutzpotential ausbildet. Zum anderen wird lokal durch Hot-Spot-Anoden das elektrische Potential des Erdreiches angehoben, um dem Korrosionsvorgang entgegenzuwirken.

An kritischen Stellen wird kontinuierlich das Rohrleitungspotential über permanente Dauerbezugselektroden überwacht.

Um die Potentialveränderung über die Zeit besser verfolgen zu können werden auf der Station an ausgewählten Stellen Messschächte eingebaut. Dadurch können über die Betriebszeit der Anlage die mobilen und manuellen Potentialmessungen dauerhaft an der gleichen Referenz-Position durchgeführt werden.

3.4 Sicherheit der Verdichterstation und Energietransportleitungen

3.4.1 Allgemeines

Gasleitungen, Verdichteranlagen sowie Meß- und Regelanlagen, die der öffentlichen Versorgung dienen, unterliegen strengen Sicherheitsmaßstäben. Die geplante Verdichterstation Achim West, die Gashochdruckleitungen ETL 32.010, ETL 182.010 und ETL 9087.215 sowie die MRS Achim Mitte und die Station Achim Mitte sind gem. § 49 EnWG so zu errichten und betreiben, dass die technische Sicherheit gewährleistet ist. Die Einhaltung dieser Anforderung ist gegeben, wenn die entsprechenden technischen Regeln und gesetzlichen Anforderungen eingehalten werden. Der erforderliche Standard für die technische Sicherheit einer Gashochdruckleitung ist u.a. in den folgenden Gesetzten, Verordnungen, Regelwerken und Normen festgeschrieben:

- dem Energiewirtschaftsgesetz, § 16
- der Verordnung über Gashochdruckleitungen (GasHDrLtgV), § 3, § 6

Den Bauteilnormen, u.a. DIN-EN 1594

- dem DVGW-Regelwerk, insbesondere G 497 Verdichterstationen, G491 Gas-Druckregelanlagen für Eingangsdrücke bis einschließlich 100 bar, G 463 Gashochdruckleitungen aus Stahlrohren für einen Auslegungsdruck von mehr als 16 bar; Planung und Errichtung

Eine Anzeige gemäß §5 (1) Gashochdruckleitungsverordnung sowie die gutachterliche Äußerung des Sachverständigen werden mindestens 8 Wochen vor Beginn der Rohrbaumaßnahmen fristgerecht beim LBEG eingereicht werden.

Das im Gesetz und im untergesetzlichen Regelwerk verankerte deterministische Sicherheitskonzept gewährleistet ein sehr hohes Sicherheitsniveau der neu zu errichtenden Gasleitungen und Stationen. Zur Beibehaltung der Integrität der Pipeline sind in jedem Fall umfangreiche technische und organisatorische Maßnahmen durch den Betreiber umzusetzen. Auch diese Maßnahmen sind durch das technische Regelwerk vorgegeben.

Gasfernleitungen zählen zu den sichersten Transportleitungen weltweit. Analog der Philosophie des in Deutschland üblichen Sicherheitskonzeptes werden Anlagen, die unter die GasHDrLtgV fallen so ausgelegt, errichtet, geprüft und betrieben, dass an allen Punkten der Leitungen und Stationen - unabhängig von den äußeren nicht beeinflussbaren Bedingungen - eine gleich hohe Sicherheit gewährleistet ist.

Im Vergleich zu den anderen europäischen Regelwerken sind die bundesdeutschen technischen Anforderungen für die Errichtung, die Prüfung und den Betrieben von Anlagen gem. GasHDrLtgV als hoch einzustufen. Dies wird durch die seit Jahren verwendeten bewährten Vorschriften, Technischen Regeln und Baustandards und

die baubegleitende Überwachung der Bau-, Schweiß- und Verlegearbeiten durch Fachpersonal erreicht.

Die Vorprüfung der Bauausführungsunterlagen sowie die Überwachung der Bau-, Schweiß-, und Verlegearbeiten während der gesamten Projektphase sowie die Durchführung einer Druckprüfung mit einem höheren Druck als dem Betriebsdruck begleitet durch amtlich anerkannte Sachverständige gewährleistet die Einhaltung der Qualitätsstandards, die gleichzeitig eine ausreichende Basissicherheit von Anlagen gem. GasHDrLtG darstellen.

Die Einhaltung dieser Sicherheitsmaßstäbe wird durch Einschaltung von unabhängigen Sachverständigen und ein behördliches Prüf- und Überwachungsverfahren gewährleistet.

Jede Gasleitung ist aus sich heraus technisch sicher. Ihre Integrität, insbesondere vor Eingriffen Dritter, ist durch die Einrichtung und Einhaltung eines Schutzstreifens gewährleistet. Dadurch wird die Leitung vor Beschädigungen geschützt, so dass es nicht zu Störungsfällen durch äußere Einwirkungen kommen kann.

Stations- und obertätige Anlagen werden eingezäunt, um Zugriffe Dritter zu verhindern.

Mit der Einhaltung der Sicherheitsvorschriften wird gewährleistet, dass die Gasleitungen ETL 32.010, ETL 182.010 und ETL 9087.215 sowie die Mess- und Regelanlage und Armaturengruppe der Station Achim Mitte als sicher anzusehen sind und bei bestimmungsgemäßen Betrieb keine Gefährdung darstellen.

3.4.2 Rohr- und Tiefbau

Die DIN EN 1594 sowie das DVGW-Arbeitsblatt G 463 geben die Rahmenbedingungen vor, die bei der Konstruktion von einer Gasanlage und einer Gashochdruckleitung zu berücksichtigen sind.

Vor Inbetriebnahme ist entsprechend den Vorgaben gem. DVGW-Arbeitsblatt G 469 eine Druckprüfung durchzuführen. Diese Prüfung besteht aus einer Festigkeitsprüfung und einer Dichtheitsprüfung. In der Festigkeitsprüfung wird die Einhaltung der spezifizierten Festigkeit der Leitung verifiziert. In der nachfolgenden Dichtheitsprüfung wird mittels Druckbeaufschlagung über einen längeren Zeitraum (mindestens 24 Stunden) die Dichtheit der Leitung überprüft. Nach Durchführung der Druckprüfung wird die Leitung durch geeignete Verfahren getrocknet. Die ordnungsgemäße Bauausführung, Druckprüfung und Dokumentation wird durch einen unabhängigen Sachverständigen einer technischen Überwachungsorganisation überwacht.

3.4.3 Betriebsphase

Nach Verlegung und Inbetriebnahme der Leitung wird diese permanent überprüft und überwacht, um die Sicherheit zu gewährleisten.

Zu diesen Maßnahmen gehören:

Leitzentrale

Gemäß GasHDrLtgV muss der Betreiber Anlagen gem. GasHDrLtgV diese in ordnungsgemäßem Zustand erhalten, ständig überwachen, notwendige Instandhaltungsmaßnahmen und Instandsetzungsarbeiten unverzüglich vornehmen und den Umständen nach erforderliche Sicherheitsmaßnahmen treffen. Die Betriebsdrücke sind an wesentlichen Betriebspunkten laufend zu messen und zu überwachen. Sämtliche Messdaten werden an eine ständig besetzte und jederzeit erreichbare Leitzentrale übertragen. In der Leitzentrale werden Störungen und Störungsmeldungen für die ETL 32.010, ETL 182.010 UND ETL 9087.215 und die VDS Achim West registriert und die erforderliche Maßnahme zur Behebung von Störungen umgehend eingeleitet. Zur Beseitigung von Störungen und zur Schadensbekämpfung wird ständig ein Entstörungsdienst vorgehalten, der in der Lage ist, Störungen zu beheben und Folgeschäden zu verhindern.

Befahrung / Begehung

Leitung und Stationen werden in regelmäßigen Abständen von Mitarbeitern der GUD oder von ihr beauftragten Dritten aufgesucht und die Funktionsfähigkeit der Anlagen überprüft und ggf. getestet. Alle Überprüfungen werden dokumentiert und die Ergebnisse in der Leitzentrale gesammelt.

Schilderpfähle

Der unterirdische Leitungsverlauf der ETL 32.010 wird durch obertägig aufgestellte Schilderpfähle sichtbar gemacht. Die Schilderpfähle sind so angeordnet, dass jeweils mindestens der nächste und der vorhergehende Schilderpfahl sicherbar sind und so der Leitungsverlauf nachvollzogen werden kann. Aus der Beschilderung gehen folgende Angaben hervor:

- Betreiber
- Notfall-Telefonnummern
- Innerbetriebliche Kennzahl der Pipeline
- Lage der Rohrleitung
- Laufende Kennzahl des Schilderpfahls.

Die Standorte der Schilderpfähle werden während und nach der Durchführung der Baumaßnahme mit dem Grundstückseigentümer abgestimmt.

Korrosionsschutz

Gashochdruckleitungen sind gem. GasHDrLtgV und andere relevanter technischer Richtlinien gegen Korrosion zu schützen. Erdgas ist nicht korrosiv, Innenkorrosion ist daher ausgeschlossen. Der äußere Korrosionsschutz besteht aus einem passiven Schutz - der Rohrumhüllung - und bei unterirdisch verlegten Leitungen zusätzlich aus einem aktiven Schutz, dem kathodischen Korrosionsschutz.

Passive Korrosionsschutzmaßnahmen bestehen in der Ummantelung der unterirdisch verlegten Stahlrohre mit einer Polyethylenschicht (PE) sowie einer Korrosionsschutzbeschichtung bei obertätig verlegten Leitungsteilen und Stationsverrohrung. Beim kathodischen Korrosionsschutz wird die Leitung mit einem schwachen Schutzstrom beaufschlagt, welcher einer möglichen elektrochemischen Reaktion des Stahlrohres (Korrosion) entgegenwirkt. Wiederkehrende Überprüfungen der Schutzanlagen und der Schutzstromeinspeisung sichern die Wirksamkeit des Korrosionsschutzes. Der beaufschlagte Schutzstrom ist für die Umwelt unschädlich.

Wartung / Trassenpflege der ETL 32.010

Während des Betriebs wird die Leitung durch notwendige Instandhaltungs- und Reparaturarbeiten entsprechend DVWG-Regelwerk G 466-1 in einem ordnungsgemäßen Zustand gehalten.

Der Schutzstreifen wird in regelmäßigem Abstand überprüft und falls notwendig von Aufwuchs befreit.

Emissionen

Der Betrieb der vorliegenden Anlagen führt zu keinen Emissionen. Nur im Notfall (z.B. unbeaufsichtigte Einwirkung auf die Leitung durch Dritte mit Beschädigung) kann es vorkommen, dass die Anlage oder Anlagenteile über den Notausbläser kontrolliert entleert werden muss.

Um den Anforderungen an die Minimierung von Methangasemissionen gerecht zu werden, sind für betrieblich notwendigen Entspannungen nachfolgende Maßnahmen im Design vorgesehen:

- Überströmen mittels Regelventil (bis ca. 50 - 55 barg Betriebsdruck) in die Saugleitung außerhalb der Stationsarmaturen
- Rückverdichtung mit einem abrufbaren oder vor Ort vorhandenen mobilen Restgasverdichter in die Saugleitung.
- Ableitung der technisch nicht mehr rückverdichtbaren Gasmengen (bei Erreichen des minimalen Saugdrucks des mobilen Restgasverdichters) zur mobilen Fackel (Verbrennung).

Damit wird den Forderungen der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der Methanemissionen im Energiesektor und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/942 Rechnung getragen.

Schadensmöglichkeiten

Eine Kontamination von Boden und Grundwasser als Folge von Gaslecken kann auf Grund der nicht wassergefährdenden Eigenschaften der zu transportierenden Gase ausgeschlossen werden. Das im Schadensfall austretende Gas verflüchtigt sich innerhalb kurzer Zeiträume in die Atmosphäre.

Jede Gashochdruckleitung ist aus sich heraus technisch sicher. Ihre Integrität, insbesondere vor möglichen Eingriffen Dritter, ist durch die kontrollierte Einhaltung der Schutzstreifenfunktion, den Rohrwerkstoff sowie die Wanddicke der Rohre und durch die Rohrleitungskonstruktion gewährleistet. Dadurch wird die Leitung vor Beschädigungen Dritter im Bereich des Schutzstreifens geschützt, so dass es nicht zu Störungsfällen kommen kann. Bauaktivitäten Dritter im Bereich des Schutzstreifens werden durch diese beim Leitungsbetreiber angezeigt und durch ihn mittels einer Betriebsaufsicht überwacht. Ein Restrisiko besteht nur dann, wenn die vorgenannten Regeln grob fahrlässig oder vorsätzlich außer Acht gelassen werden.

3.5 Flächenbedarf

Für die während der Bauausführung temporär sowie die dauerhaft in Anspruch genommenen Flächen hat die Vorhabensträgerin die notwendigen Nutzungsvereinbarungen, Gestattungen und Bewilligungen geregelt. Nachfolgend sind die bauzeitlich und dauerhaft zu beanspruchenden Flächen beschrieben.

Temporäre Flächeninanspruchnahme

- Baustelleneinrichtungsfläche und Zufahrtsstraße:
Diese entsprechenden Flächen werden temporär für den Bau der Anlage und Anschlussleitungen in Anspruch genommen. (siehe Baustelleneinrichtungsplan des Bauantrages in Teil E, Unterlage E2.03)
- Arbeitsstreifen Leitungstrasse:
Für den Bau der Anschlussleitung ETL 32.010 wird zusätzlich temporär ein Arbeitsstreifen der ca. 37 m breit ist, in Anspruch genommen. Die Festlegung der Arbeitsstreifenbreiten erfolgt grundsätzlich aus gesetzlichen Vorschriften, wie den geltenden Unfallverhütungsvorschriften (Arbeitssicherheit), den erforderlichen Arbeitsraumbreiten der eingesetzten Baufahrzeuge (Bewegungs- und Sicherheitsräume) und den erforderlichen Lagerflächen für die getrennte Lagerung der Bodenhorizonte (Bodenschutz).
(siehe Landschaftspflegerischer Begleitplan in Teil D, Unterlage D5.01)

Permanente Flächeninanspruchnahme

- Stationsflächen der VDS Achim West und des Armaturenplatzes Achim Mitte

(siehe entsprechende Oberflächenpläne im Bauantrag in Teil E, Unterlage E2.08 und E2.09)

4 Baudurchführung

4.1 Bauvorbereitende Arbeiten

Im Vorfeld der eigentlich Bauarbeiten erfolgt eine Beweissicherung für die zu beanspruchenden Flächen, der Zufahrtsstraße „In der Grund“ sowie der baulichen Anlagen und Gebäude im Wirkungsbereich der jeweiligen Arbeiten.

Vor dem Baubeginn werden folgende Arbeiten ausgeführt:

- Absteckung des Baufeldes, Markierung der Leitungstrasse und der Stationsgelände
- Absteckung von Leitungen Dritter / Handschachtungen
- Beweissicherung
- Kampfmittelsondierung: Die vorab durchgeführte Luftbildauswertung hat im betroffenen Untersuchungsbereich Hinweise auf Kampfmittel ergeben. Daraufhin hat der Vorhabenträger die in Anspruch zu nehmenden Flächen per Drohnenbefliegung sondieren lassen. Hierbei wurden insgesamt ca. 160 Verdachtspunkte festgestellt, die im Vorfeld der Baumaßnahme durch einen Kampfmittelbeseitiger aufgeklärt werden.
- Herstellung der Baustraßen, Lagerplätze und Baustelleneinrichtungsflächen (siehe Kapitel 1.6)

Im Rahmen der Drohnenbefliegung zur Kampfmittelsondierung wurde parallel der Baugrund auf ggf. vorhandene Bodendenkmale untersucht. Diese Untersuchung hat keine Hinweise auf vorhandene Bodendenkmale ergeben. Eine nach § 13 DSchG einzuholende Genehmigung entfällt in diesen Fällen. Zugleich sieht § 44 Abs. 1 EnWG vor, dass Eigentümer und sonstige Nutzungsberechtigte zur Vorbereitung der Planung und der Baudurchführung eines Vorhabens oder von Unterhaltungsmaßnahmen notwendige Vermessungen, Boden- und Grundwasseruntersuchungen einschließlich der vorübergehenden Anbringung von Markierungszeichen, bauvorbereitende Maßnahmen zur bodenschonenden Bauausführung, Kampfmitteluntersuchungen und archäologische Voruntersuchungen einschließlich erforderlicher Bergungsmaßnahmen sowie sonstige Vorarbeiten durch den Träger des Vorhabens oder von ihm Beauftragte zu dulden haben. Da nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich im Bereich der in Anspruch genommenen Flächen trotzdem Bodendenkmale befinden, wird eine archäologische Fachbegleitung die Baumaßnahme begleiten.

4.2 Verdichterstation Achim West und Armaturenplatz Achim Mitte

4.2.1 Umfang der Baumaßnahmen

Folgende Gebäude und bauliche Anlagen sind im Zuge der Baumaßnahme zu errichten:

VDS Achim West:

Gebäude:

- Betriebsgebäude
- Elektrogebäude
- Verdichtergebäude
- Notstromaggregat und Dieseltank (Netzersatzanlage)
- Mittelspannungs-Netzfilter

Bauliche Anlagen:

- Transformatorenstand
- Kühler für Frequenzumrichter
- Gas-Filterabscheider, Kondensattank und Abfüllfläche
- Gaskühler
- Oberflächenbefestigungen
- Zaunanlage (Einfriedung)
- Bodenaustausch
- Geländeauffüllung um ca. 1,40 m gegenüber Geländeoberkante (GOK)

VDS Embsen:

Gebäude:

- Netztrennergebäude
- PGC-Gebäude

Bauliche Anlagen:

- Ausbläser
- Oberflächenbefestigungen
- Bodenaustausch unter Gebäuden und Fundamenten
- Geländeauffüllung in Teilbereichen um ca. 1,0m gegenüber GOK

Armaturenplatz Achim Mitte:

Gebäude:

- E/MSR Gebäude

Bauliche Anlagen:

- Oberflächenbefestigungen
- Zaunanlage (Einfriedung)
- Geländeauffüllung um 60 cm gegenüber GOK

Detaillierte Informationen zu den o.g. Gebäuden und baulichen Anlagen sind dem beigefügten Bauantrag zu entnehmen.

4.3 Leitungsbau (Energietransportleitungen)

4.3.1 Allgemein

Die einzelnen Arbeitsschritte bei untertätiger Verlegung der ETL 32.010, ETL 182.010 UND ETL 9087.215 lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Abtrag des Oberbodens im Bereich des Rohrgrabens
- Felderkundungen zu Fremdleitungen
- Rohrausfuhr und Auslegen der Rohre entlang der Trasse
- Verschweißen der einzelnen Rohrstücke
- Prüfung der Schweißnähte, Nachisolierung der Rohrverbindungen
- Installation / Inbetriebnahme der Wasserhaltung
- Herstellen des Rohrgrabens
- Test der Umhüllung des Rohrstranges
- Absenken der fertiggestellten und getesteten Rohrstränge
- Verbinden der einzelnen Rohrstränge mittels Schweißnähten und Prüfung der Schweißnähte
- Verfüllen des Rohrgrabens und Installation des Begleitkabelschutzrohres und der Begleitkabel
- Geländewiederherstellung, Rekultivierung.

In den folgenden Kapiteln wird auf einige ausgewählte Arbeitsschritte weiter eingegangen.

4.3.2 Abtrag des Oberbodens

Der Abtrag des Oberbodens erfolgt im Bereich des Rohrgrabens. Der Oberboden wird separat gelagert, der Wiedereinbau erfolgt schnellstmöglich nach Verlegung und Prüfung der Leitungen.

4.3.3 Felderkundungen zu Fremdleitungen

Mit Ausnahme der zu beantragenden ETL 32.010 befinden sich die zu beantragenden technischen Anlagen weitestgehend auf dem Gelände der VDS Embsen. Im Zuge der Planung wurden auf Grundlage einer Fremdleitungsabfrage der Leitungsbestand aller Versorger (Gas, Öl/Produktenleitungen, Strom, Wasser, Telekommunikation) erhoben und die Anforderungen der Betreiber eingeholt.

Die exakte Lage und insbesondere die Tiefenlage der unterirdischen Leitungen kann nur durch Suchschlitze (Handschachtungen) ermittelt werden, die im Zuge der Baumaßnahmen entsprechend vorgesehen sind.

Bei allen Arbeiten im bzw. in unmittelbarer Nähe des Schutzstreifens der betroffenen Fremdleitungen werden grundsätzlich die Schutzanweisungen der Fremdleitungsbetreiber in der jeweils gültigen Fassung beachtet. Die Maßnahmen werden rechtzeitig zwischen der Bauleitung des Vorhabenträgers und den zuständigen Betriebsstellen abgestimmt.

Alle Fremdleitungen im Baugebiet werden während der Bauphase in Abstimmung mit dem jeweiligen Leitungsbetreiber und unter Berücksichtigung der einschlägigen Regelwerke mit geeigneten Schutzmaßnahmen geschützt. Freigelegte Leitungen werden während der Baumaßnahme gemäß Stand der Technik gesichert.

Sollten die Fremdleitungen überfahren werden müssen, werden in Abstimmung mit dem Fremdleitungsbetreiber geeignete Schutzmaßnahmen getroffen. Sicherungsmaßnahmen können z.B. durch Überschüttung der Fremdleitung mit Aushubmaterial (temporäre Erhöhung der Leitungsüberdeckung), durch den Einsatz von Baggermatten, Aluminiumverlegesystemen wie Lastverteilungsplatten oder durch den Einsatz von Baufahrzeugen mit geringer Bodenpressung (Breitlaufwerke, Niederdruckreifen, etc.) vorgenommen werden.

4.3.4 Einrichtung Baugruben

Die Baugrube wird mit entsprechender Böschung gem. Regelplan (siehe im Teil B, Unterlage B1 Regelpläne) errichtet. Bei geschlossenen Kreuzungen sind Start- und Endschant mit Spundung vorgesehen.

4.3.5 Auslegen und Verschweißen der Rohre

Im Arbeitsstreifen werden die einzelnen Rohre parallel zur Rohrleitungsachse abgelegt. Die ausgelegten Rohre werden anschließend zu einem Rohrstrang verschweißt. Die Herstellung der Schweißnähte erfolgt unter Beachtung der entsprechenden Vorschriften und Richtlinien, insbesondere DVWG - Arbeitsblatt GW 350.

Diese Vorschriften beinhalten Angaben zur Herstellung der Schweißnaht, Anforderungen an die Qualifizierung des eingesetzten Personals sowie Vorgaben zur Qualitätssicherung. Das eingesetzte Schweißpersonal muss seine Fähigkeiten durch entsprechende Zeugnisse nachweisen. Nach Fertigstellung und Abnahme der Schweißnaht erfolgt bei untertägiger Verlegung die Nachumhüllung des Rohrstranges. Die fertigen Schweißnähte werden nach einschlägigen Vorschriften einer zerstörungsfreien Prüfung (Durchstrahlung / Ultraschallprüfung) unterzogen. Nach Auswertung der Prüfergebnisse durch die Schweißaufsicht erfolgt die Freigabe der Schweißnähte. Anschließend erfolgt die Umhüllung der Schweißnähte.

4.3.6 Kreuzungen

Im Zuge der unterirdischen Verlegung der ETL 32.010, ETL 182.010 und ETL 9087.215 werden sowohl die Straße „In der Grund“ wie auch eine Vielzahl von bestehender unterirdisch verlegter Infrastruktur (Leitungen, Kabel) gekreuzt. Eine Kreuzungsliste in Unterlage B2.02 gibt eine Übersicht zu sämtlichen bekannten Kreuzungspunkten der Anschlussleitungen mit den jeweiligen Betroffenen (Leitungsbetreiber, Behörden, Straßenbaulastträger etc.) im Rahmen des Neubaus der VDS Achim West. In der Kreuzungsliste sind in tabellarischer Form alle betroffenen Leitungskreuzungen aufgeführt. Dies schließt sowohl Straßen und Wege als auch Wasserläufe und Fremdleitungen mit ein.

Die Kreuzungen werden weitestgehend in offener Bauweise durchgeführt.

Geschlossene Kreuzungen werden als Rohrpressung mit entsprechenden Maschinen und qualifiziertes Fachpersonal durchgeführt.

Alle Kreuzungen werden in Abstimmung und unter Einhaltung der Anforderungen des jeweiligen Betreibers umgesetzt.

4.3.7 Rekultivierung

Mit geeigneten Verfahren zur schnellstmöglichen Stabilisierung und Restrukturierung der Böden sowie einer unterstützenden Folgebewirtschaftung nach erfolgter Rekultivierung kann zeitnah der ursprüngliche Zustand wiedererlangt werden.

Die Arbeiten zur Rekultivierung erfolgen in enger Abstimmung mit dem Bewirtschafter.

4.4 Bodenmanagement

Die bei der Errichtung der Energietransportleitungen und der Stationen anfallenden überschüssigen Bodenmassen werden gemäß des beigefügten Bodenmanagementkonzepts (Unterlage E6.07) verwertet bzw. der Entsorgung zugeführt.

Hinsichtlich der im Zuge des Bodenaustausches anfallenden Torfmassen wird vornehmlich eine Verwertung angestrebt.

4.5 Wasserhaltung und Grabenteilverrohrungen

Für die Errichtung der Anlagen ist die Durchführung von Grundwasserhaltungsmaßnahmen erforderlich. Der Einfluss der Grundwasserhaltung auf die Umwelt wurde im Rahmen der beantragten Umweltverträglichkeits-Vorprüfung (siehe auch Abschnitt D1) beurteilt. Der Antrag zur Durchführung der Grundwasserhaltung ist diesem Plangenehmigungsantrag (siehe auch Abschnitt E8) beigelegt.

Für die Erschließung der VDS Achim West ist die Teilverrohrung von vorhandenen Gräben notwendig. Die entsprechenden Antragsdokumente aus den die entsprechenden Informationen hervorgehen sind ebenfalls im Abschnitt E8 dieses Antrags enthalten.

Die beantragte Überfahrt über den Embser Mühlengraben (Überfahrt 1) dient der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung der angrenzenden Feldflächen. Gemäß den Verrohrungen im Bestand und dem durchgeführten hydraulischen Nachweis wird der geplante Durchlass im Mühlengraben als DN 800 Stahlbetonrohr hergestellt. Das Querprofil des Durchlasses ist der Unterlage E8.04 Anlage 4 zu entnehmen. Der Graben wird auf einer Länge von ca. 10,00 m verrohrt. Die neue Überfahrt ermöglicht es, die alte Überfahrt zwischen den Flurstücken 49 und 271/5, etwa 120,00 m weiter stromaufwärts gelegen, zurückzubauen.

Die Grabenverrohrung im Nordwesten der VDS Achim West (Überfahrt 2, vgl. Kap. 5.1.2 der Unterlage E8.04) dient als Überfahrt für Bewirtschafter der landwirtschaftlichen Flächen. Das Querprofil der Verrohrung ist in der Unterlage E8.04 Anlage 4 enthalten.

Die westliche Zufahrt zur VDS Achim West (Überfahrt 3, vgl. Kap. 5.1.3 der Unterlage E8.04) erfolgt über den landwirtschaftlichen Weg.

Das öffentliche Wegegrundstück zwischen den Gasverdichterstationen Ost und West wurde von der GUD erworben. Dadurch ergibt sich eine direkte Verbindung der beiden Stationen. Der innerbetriebliche Verkehr zwischen den Anlagen soll über zwei parallel verlaufende Straßen geführt werden. Die nördliche Überquerung des Entwässerungsgrabens Ost (Überfahrt 4, vgl. Kap. 5.1.4 der Unterlage E8.04) hat eine Länge von ca. 20,6 m.

Zwischen der nordöstlichen und südöstlichen Verrohrung wird der Graben auf einer Strecke von ca. 50,00 m weiterhin offen verlaufen. Der südöstliche Grabendurchlass (Überfahrt 5, vgl. Kap. 5.1.5 der Unterlage E8.04) dient ebenfalls als Verbindungsstraße zwischen den beiden Anlagenteilen. Insgesamt wird der Graben für diese Überfahrt auf einer Strecke von 48,10 m verrohrt.

Durch den Erwerb des Wegegrundstückes und die Neuplanung des Bestandsgeländes soll der bestehende Durchlass DN 600 samt Graben östlich der Zuwegung zwischen den Verdichterstationen zurückgebaut werden. Um weiterhin einen Austausch zwischen den Entwässerungsgräben bieten zu können, wird der Durchlass ca. 40,00 m nach Süden versetzt (Überfahrt 6, vgl. Kap. 5.1.6 der Unterlage E8.04).

4.6 Inbetriebnahme

Die Inbetriebnahme erfolgt gemäß § 6 GasHDrLtgV, nachdem der Sachverständige aufgrund der Prüfung hinsichtlich Dichtheit und Festigkeit sowie das Vorhandensein der notwendigen Sicherheitseinrichtungen und Wechselwirkungen mit anderen Leitungen festgestellt hat, dass gegen eine Inbetriebnahme keine sicherheitstechnischen Bedenken bestehen.

Der Sachverständige erteilt eine Vorabbescheinigung, dass der Betreiber gegenüber der zuständigen Behörde nachgewiesen hat, dass die notwendigen Anforderungen gemäß § 4 GasHDrLgV erfüllt sind. Durch den Sachverständigen ist innerhalb von 12 Monaten zu prüfen, ob die Anforderungen der §§ 2 und 3 GasHDrLgV erfüllt sind. Über die Prüfung erstellt der Sachverständige eine Schlussbescheinigung.

5 Wegenutzungskonzept

Die Zufahrt zu den Baufeldern erfolgt über die „Hauptstraße“, die im Bereich der Kreuzung zum Gemeindeweg „In der Grund“ bereits im Zuge der Errichtung der VDS Embsen mit einer Linksabbiegehilfe ausgestattet wurde. Im Weiteren erfolgt die Zufahrt über temporär angelegte Baustraßen, die nach Beendigung der Baumaßnahmen zurückgebaut werden. Die Zufahrt zur Baustelle wird ab der Hauptstraße beweisgesichert.

Im Verlauf der Zufahrt zur Baustelle sind temporäre Einstellplätze für PKW und Warteplätze für LKW vorgesehen. Es ist nicht davon auszugehen, dass es zu Verkehrsbehinderungen auf der „Hauptstraße“ kommt, da die Fahrzeuge ungehindert bis auf die Baustelleneinrichtungsfläche fahren können.

Für die Zufahrt selbst beschreibt Unterlage E7.05 geplanten Maßnahmen zur Verkehrssteuerung und Sicherheitsverbesserung am Knotenpunkt „Am Edelhof“ / „In der Grund“ in Achim, u.a die Errichtung einer Ampelanlage.

6 Quellenverzeichnis

6.1 Gesetze und Regelwerke

DIN EN 1594: Gasinfrastruktur - Rohrleitungen für einen maximal zulässigen Betriebsdruck über 16 bar - Funktionale Anforderungen

DVGW G 463: Technische Regel – Arbeitsblatt DVGW G 463, Gashochdruckleitungen aus Stahlrohren für einen Auslegungsdruck von mehr als 16 bar; Planung und Errichtung, Oktober 2021

DVGW G 466-1 (A): Technische Regel – Arbeitsblatt DVGW G 466-1 (A), Gashochdruckleitungen aus Stahlrohren für einen Auslegungsdruck von mehr als 16 bar; Betrieb und Instandhaltung, Dezember 2021

DVGW G 469 (A): Technische Regel – Arbeitsblatt DVGW G 469 (A), Druckprüfverfahren Gastransport/Gasverteilung, Juli 2019

DVGW-Regelwerk G 497: Technische Regel – Arbeitsblatt DVGW G 497 (A) Verdichterstationen, Februar 2019

DVGW-Regelwerk G 491: Technische Regel – Arbeitsblatt DVGW G 491 (A) Gas-Druckregelanlagen für Eingangsdrücke bis einschließlich 100 bar

Gashochdruckleitungsverordnung vom 18. Mai 2011 (BGBl. I S. 928), zuletzt geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706)

Gesetz zur Beschleunigung des Einsatzes verflüssigten Erdgases, LNG-Beschleunigungsgesetz vom 24. Mai 2022 (BGBl. I S. 802), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 3. Juli 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 225) geändert worden ist

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 8. Mai 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 151) geändert worden ist

Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) vom 19. Februar 2010, zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 12. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 289) und Verordnung vom 6. Dezember 2023 (Nds. GVBl. S. 339)

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist

6.2 Literatur und Quellen

BNetzA, Änderungsverlangen zum Netzentwicklungsplan Gas 2022 – 2032, Stand Dezember 2023, Az-4.13.01/003#1

Armin Steinbach / Peter Franke, Kommentar zum Netzausbau, 3. Auflage, 2022

Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas e.V., Entwurf des gemeinsamen Antrags für das Wasserstoff-Kernnetz (FNB Gas, Entwurf Wasserstoff-Kernnetz 2032), Stand 15.11.2023, Abruf am 10.07.2024, https://fnb-gas.de/wp-content/uploads/2023/11/2023_11_15_Entwurf_Antrag_Wasserstoff-Kernnetz_final.pdf

Vereinigung der Fernleitungsnetzbetreiber Gas e.V., Netzentwicklungsplan Gas 2022- 2032 (NEP Gas), Stand 20.03.2024, Abruf am 28.06.2024, abrufbar unter: https://fnb-gas.de/wp-content/uploads/2024/03/2024_03_20_NEP-2022_Gas_FINAL_DE.pdf